

Deutsche Konjunktur im Sommer 2013



Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel
Prognose-Zentrum

Abgeschlossen am 19. Juni 2013

Erscheint demnächst als Kieler Diskussionsbeitrag 524/525

Inhalt

Deutschland: Konjunktur fängt sich	3
Finanzierungsbedingungen weiterhin äußerst günstig	6
Finanzpolitik: Konsolidierung pausiert	10
Außenhandel erholt sich vom Einbruch im Winterhalbjahr	12
Inländische Verwendung: Schwächephase wird überwunden	17
Inflation nimmt allmählich zu	22
Steigende Beschäftigung bei hoher Zuwanderung	23
Brauchen wir höhere Steuern?	25
Budgetsaldo schwankt um die Null	26
Ausblick: Aufschwung lässt noch auf sich warten	29
Exkurs: Zur aktuellen Mindestlohndebatte	32
Literatur	36

Deutschland: Konjunktur fängt sich

Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll,
Nils Jannsen, Stefan Kooths, Björn van Roye
und Joachim Scheide

Zusammenfassung:

Die Produktionstätigkeit hat sich nach dem Einbruch im letzten Herbst im Laufe des Winterhalbjahres stabilisiert. Im ersten Quartal verzögerten noch witterungsbedingte Hemmnisse die raschere Rückkehr auf einen Expansionspfad. Nachholeffekte dürften im Frühling den Produktionsanstieg deutlich über das Tempo anheben, das aufgrund der moderat aufwärts gerichteten konjunkturellen Grundtendenz angelegt ist. Diese wird zwar weiterhin erheblich durch den für Deutschland sehr expansiv wirkenden Kurs der Geldpolitik beflügelt, zugleich belastet aber die Unsicherheit über den Fortgang der Krise im Euroraum zunächst noch die Investitionsbereitschaft in den Unternehmen. In diesem und im nächsten Jahr dürfte die Expansion nahezu exklusiv von binnenwirtschaftlichen Faktoren getragen werden. Insbesondere ist im nächsten Jahr mit einer deutlichen Belebung der Investitionstätigkeit zu rechnen. Wir erwarten für das laufende Jahr einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 0,5 Prozent, im nächsten Jahr dürfte der Zuwachs 1,8 Prozent betragen. Die Verlaufsdaten liegen in beiden Jahren mit 1,7 Prozent (2013) bzw. 1,9 Prozent (2014) etwa einen halben bzw. ein dreiviertel Prozentpunkt oberhalb der Potenzialwachstumsrate. Die Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten nimmt somit im Prognosezeitraum kontinuierlich zu und dürfte im nächsten Jahr das Normalniveau um 0,6 Prozent überschreiten. Die Zahl der Erwerbstätigen wird weiter steigen (um 270 Tausend in diesem und 210 Tausend im nächsten Jahr), die Arbeitslosenquote bleibt aber unverändert. Im Verlauf des Prognosezeitraums dürfte der Preisauftrieb stärker werden. So wird sich die Lebenshaltung voraussichtlich im nächsten Jahr um 2,1 Prozent verteuern, nach 1,7 Prozent in diesem Jahr. Die öffentlichen Haushalte werden das laufende Jahr wohl mit einem geringfügigen Defizit von knapp einer Milliarde Euro abschließen und im nächsten Jahr einen Überschuss von gut drei Milliarden Euro aufweisen.

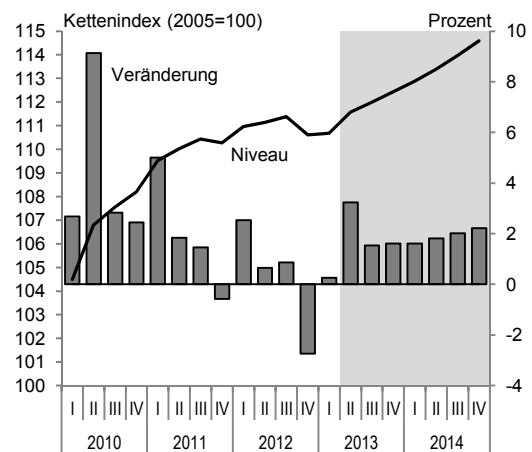
Kästen:

- 1: Zu den wirtschaftlichen Folgen der Hochwasserschäden (Seite 5)
- 2: Folgen des Hochwassers für die öffentlichen Haushalte: Evidenz vom Hochwasser 2002 (Seite 12)
- 3: Zum Rückgang der Exporte im ersten Quartal (Seite 15)

Die Konjunktur in Deutschland hat sich nach einer Schwächephase stabilisiert, ein kräftiger Aufschwung ist allerdings nicht in Sicht. So hat sich die Stimmung in der gewerblichen Wirtschaft nach dem günstigen Start in das Jahr lediglich auf leicht erhöhtem Niveau gehalten, und die Auftragslage in der Industrie hat sich bislang nicht nachhaltig gebessert. Nach wie vor herrscht eine große Unsicherheit darüber, ob die Problemländer im Euroraum hinreichend schnelle Fortschritte bei ihren Reformen erzielen, und die Unsicherheit bezüglich der Wirtschaftspolitik ist recht hoch. Dies dürfte ein wesentlicher Grund dafür sein, dass sich die Unternehmen trotz ungewöhnlich günstiger Finanzierungsbedingungen mit Investitionen zurückhalten. Offenbar sind auch die Gewinnaussichten nicht so günstig, wie es der Anstieg der Aktienkurse nahelegt; der Aufschwung an den Finanzmärkten ist wohl hauptsächlich der weltweit sehr expansiven Geldpolitik geschuldet.

Im ersten Quartal 2013 legte das Bruttoinlandsprodukt kaum zu (Abbildung 1). Der Anstieg fiel mit einer laufenden Jahresrate von 0,3 Prozent unerwartet gering aus. Vielfach war vor allem aufgrund der deutlichen Verbesserung der

Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt 2010–2014



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

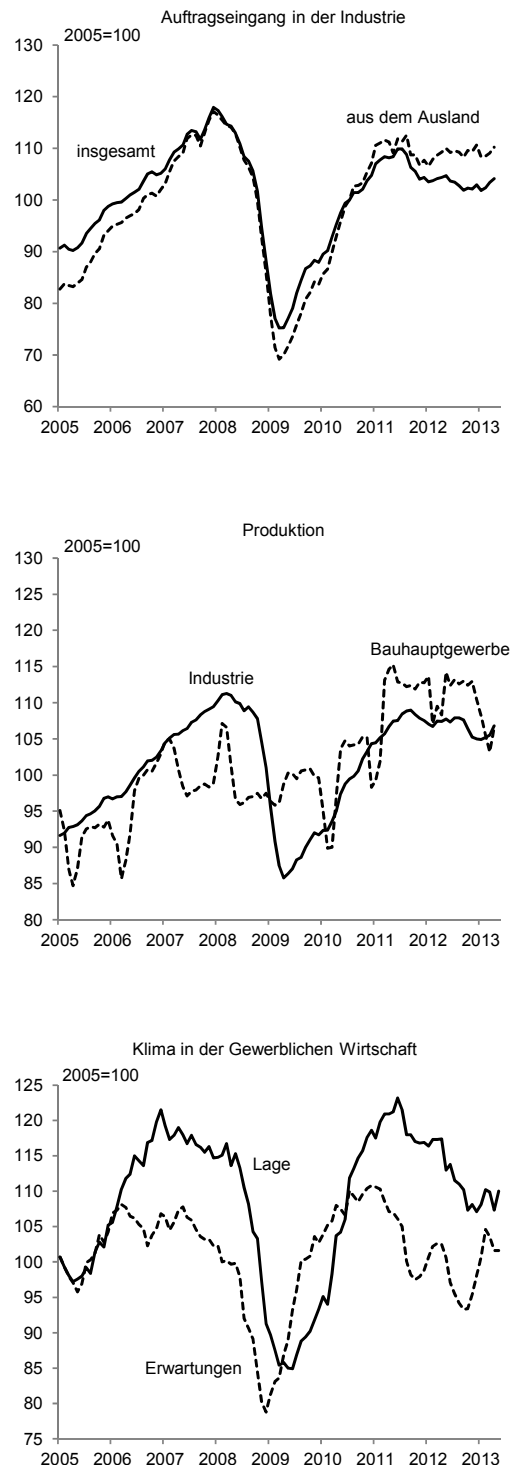
Erwartungen ein spürbar stärkeres Anziehen der Produktion erwartet worden, das allerdings auch deshalb ausblieb, weil die Witterung sehr ungünstig war. So gingen die Bauinvestitionen im ersten Quartal kräftig zurück. Der Abschwung bei den Investitionen setzte sich fort, die Ausrüstungsinvestitionen sanken wie bereits im gesamten Jahr 2012, wenn auch deutlich verlangsamt. Vom Außenhandel kam ebenfalls ein Dämpfer; so schrumpften die Ausfuhren erneut deutlich. Einen Anstieg verzeichneten lediglich die privaten Konsumausgaben, gestützt durch eine Zunahme der verfügbaren Einkommen.

Am Arbeitsmarkt hat die seit einem Jahr schwächelnde Konjunktur Spuren hinterlassen. Der Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat sich zuletzt merklich verlangsamt. Die Arbeitslosigkeit hat seit rund einem Jahr fast ununterbrochen zugenommen, wenn auch nur leicht. Saisonbereinigt lag die Zahl der Arbeitslosen (in der Definition der Bundesagentur für Arbeit) im Mai dieses Jahres bei 2,96 Mill. Personen, also um rund 100 000 über dem bislang niedrigsten Niveau in diesem Zyklus; die Arbeitslosenquote betrug weiterhin 6,9 Prozent.

Der Preisauftrieb blieb in den vergangenen Monaten verhalten. Für die Verbraucher verteuerten sich insbesondere Nahrungsmittel kräftig, während sich der Anstieg bei den Energiepreisen nicht fortsetzte. Die Inflationsrate betrug im Mai 1,5 Prozent, nachdem sie im vergangenen Jahr zumeist über 2 Prozent gelegen hatte.

Die Aussichten für die Produktion im zweiten Quartal dieses Jahres sind recht günstig. So stellte sich im April der erwartete Aufholeffekt bei der Produktion im Baugewerbe ein. Im Produzierenden Gewerbe insgesamt liegt die Fertigung damit erheblich über dem im ersten Quartal verzeichneten Niveau (Abbildung 2). Auch wenn sich die Industrieproduktion in den Folgemonaten leicht abgeschwächt haben dürfte – der flache Verlauf bei den Auftragseingängen lässt dies erwarten –, wird der Zuwachs im zweiten Quartal beträchtlich bleiben. Dies spricht dafür, dass das Bruttoinlandsprodukt ebenfalls deutlich zulegen wird. Wir erwarten einen Anstieg um 3,2 Prozent (laufende Jahresrate). Im weiteren Verlauf des Jahres wird das

Abbildung 2:
Konjunkturindikatoren 2005–2013



Monatsdaten, saisonbereinigt. Auftragseingang und Produktion als gleitender Dreimonatsdurchschnitt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; eigene Berechnungen.

Kasten 1:

Zu den wirtschaftlichen Folgen der Hochwasserschäden

Naturkatastrophen gelten trotz der für die direkt Geschädigten dramatischen Folgen und der kurzfristigen Produktionsbehinderungen zuweilen als förderlich für die weitere gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Festgemacht wird dies daran, dass zur Behebung der Schäden zusätzliche Ausgaben erfolgten, die einen expansiven Impuls für die Produktionstätigkeit in der betroffenen Volkswirtschaft darstellen würden. Mitunter wird die vermeintliche Anregung der wirtschaftlichen Aktivität, die sich in einer höheren Expansionsrate des Bruttoinlandsproduktes widerspiegeln müsste, sogar als Indiz dafür gewertet, dass die Wachstumsmessung im Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen konträr zu den Wohlfahrtszielen einer Gesellschaft stünde. Diese Sichtweise geht indes fehl, weil die dieser Argumentation zugrundeliegenden Annahmen letztlich das ökonomische Knappheitsproblem negieren.

Zu unterscheiden ist zwischen den Wachstumseffekten (Produktionsmöglichkeiten) einerseits und den Konjunkturreffekten (tatsächliche Produktion) andererseits. Das Wachstum einer Volkswirtschaft spiegelt sich in der Veränderung des Produktionspotenzials wider. Dieses hängt – neben dem Stand des technischen Wissens und der Zahl und Ausbildung der verfügbaren Arbeitskräfte – vom Sachkapitalstock einer Volkswirtschaft ab. Die Überflutungsschäden an Agrarflächen, Straßen, Gebäuden, Fahrzeugen und Maschinen setzen den Kapitalstock exogen herab und reduzieren damit dauerhaft die Produktionsmöglichkeiten verglichen mit der Entwicklung, die ohne den Einfluss der Flutschäden möglich wäre. Der Wachstums- bzw. Potenzialeffekt ist somit eindeutig negativ. Hinsichtlich der Größenordnung dürften die Effekte der jüngsten Hochwasserkatastrophe aus gesamtwirtschaftlicher Sicht indes gering sein. Derzeit belaufen sich die ersten Schätzungen für die zur Schadensbeseitigung notwendigen Leistungen auf einen niedrigen zweistelligen Milliardenbetrag. Zum Vergleich: Der Wert des Sachkapitalstocks in Deutschland (Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen) betrug zu Beginn dieses Jahres 8,5 Billionen Euro. Da aber von den Überschwemmungen nicht nur neu erstellte, sondern auch schon bereits zum Teil abgeschriebene Kapitalgüter beschädigt wurden, ist zum Abschätzen der relativen Schadenshöhe das Bruttoanlagevermögen heranzuziehen, dessen Wert sich zuletzt auf 14,5 Billionen Euro belief. Legt man Wiederaufbaukosten von 15 Milliarden Euro zugrunde – ein Betrag, der am oberen Rand der Schadensschätzungen liegt –, so wäre etwa 1 Promille des Kapitalstocks in Deutschland durch die Überschwemmungen vernichtet worden. Die daraus resultierende Beeinträchtigung der zukünftigen Wertschöpfungsmöglichkeiten liegt praktisch unterhalb der Schwelle, die sich statistisch erfassen lässt.

Konjunkturell sind entstehungsseitig unmittelbar die flutbedingten Produktionsausfälle bedeutsam. Diese können zwar – etwa im Verkehrsbereich oder durch die Unterbrechung von Zulieferketten – auch über die betroffenen Flutgebiete hinaus ausstrahlen, insgesamt ist aber aus gesamtwirtschaftlicher Sicht mit keinen quantitativ bedeutsamen Effekten zu rechnen. So beträgt etwa die Bruttowertschöpfung der besonders stark betroffenen Kommune Passau und des Landkreises Deggendorf zusammen genommen 2,5 Promille des gesamtdeutschen Wertes. Selbst für den rein hypothetischen Fall, dass in dieser Region das Wirtschaftsleben für zwei Wochen gänzlich zum Erliegen käme, wäre der Einfluss auf das Quartalergebnis des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland unterhalb der für die Veränderungsrate statistisch ausgewiesenen Nachkommastellen (rein rechnerisch ergäbe sich ein Rückgang um 0,04 Prozent). So zeigte sich auch nach dem Elbehochwasser im August des Jahres 2002 in der Entwicklung der gesamtdeutschen Wertschöpfung im dritten Quartal kein von der damaligen Konjunkturdynamik unterscheidbarer Effekt.

Schließlich lässt sich auch aus den für die Schadensbeseitigung erforderlichen Ausgaben kein zwingender konjunktureller Effekt ableiten, der in den Folgeperioden stimulierend auf die ökonomische Aktivität wirken würde. Hierbei ist zu beachten, dass die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten nur einmal verwendet und auch die Budgets der ökonomischen Entscheidungsträger (Privathaushalte, Unternehmen, Staat) nicht mehrfach verausgabt werden können. Mehrausgaben auf der einen Seite führen dann entweder direkt (bei demselben Entscheidungsträger) oder indirekt (über Preiseffekte) bei anderen Entscheidungsträgern dazu, dass alternative Verwendungspläne zurückgestellt werden, z.B. in dem ein von Hochwasserschäden betroffener Haushalt eine ursprünglich geplante Urlaubsreise zurückstellt oder eine Baumaßnahme in nicht überschwemmten Gebieten aufgrund anziehender Baupreise unterlassen werden. So betragen die für das Elbehochwasser des Jahres 2002 geschätzten Wiederaufbaukosten zwar gut 2 Prozent der gesamtdeutschen Bruttoanlageinvestitionen. Im Aggregat – gemessen an der letzten Verwendung des Produktionsergebnisses – lässt sich indes für den Verlauf des Jahres keine nachträgliche Beschleunigung der Expansion feststellen.

Insgesamt sind damit die einzelwirtschaftlichen Schäden auch gesamtwirtschaftlich eindeutig als Minderung des Wohlstandes zu beklagen. Allerdings sind aufgrund der räumlichen Begrenzung der Schadensfälle die gesamtwirtschaftlichen Effekte quantitativ kaum bedeutsam und dürften daher auch den Konjunkturverlauf in diesem Jahr nicht nennenswert beeinflussen.

Die hier aufgezeigten Zusammenhänge gelten nicht nur für durch Naturkatastrophen hervorgerufene Vermögensschäden, sondern auch für solche wirtschaftspolitischen Eingriffe, die darauf abzielen, Teile des Kapitalstocks zu vernichten (z.B. Verschrottungs- und Abwrackprämien) oder sinnlose Tätigkeiten durch Beschäftigungsprogramme zu finanzieren, in der Absicht, damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität anzukurbeln. Sämtliche Vorschläge dieser Art laufen darauf hinaus, knappe Produktionsfaktoren in eine Verwendung zu lenken, die die Volkswirtschaft als Ganzes ärmer macht, als sie es bei Unterlassung dieser Maßnahmen sein könnte. Eine Steigerung des gesamtwirtschaftlichen Einkommens – und in der Folge höhere Konsummöglichkeiten – setzen eine Mehrproduktion marktgängiger Individualgüter oder steuerfinanzierter Kollektivgüter voraus, die von den Nutzern wertgeschätzt werden. Andernfalls wird lediglich innerhalb bestehender Budgets umverteilt oder – schlimmer noch – eine Mehrproduktion durch Ressourcenverschwendung verhindert.

Tempo verhaltener sein, die Konjunktur wird aber aufwärts gerichtet bleiben, sofern neue Hiobsbotschaften von der Krise im Euroraum ausbleiben. Einen nennenswerten Einfluss der jüngsten Hochwasserkatastrophe auf den gesamtdeutschen Konjunkturverlauf erwarten wir nicht (Kasten 1). Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt 2013 um 0,5 Prozent zunehmen; diese Rate ist geringfügig niedriger, als wir bei unserer Prognose im März dieses Jahres erwarteten (0,6 Prozent).

Nach wie vor sind die monetären Rahmenbedingungen für Deutschland ausgesprochen günstig. Daher bleiben wir bei der Einschätzung, dass die Konjunktur im kommenden Jahr an Schwung gewinnen wird. Im Durchschnitt wird die Zuwachsrate mit voraussichtlich 1,8 Prozent deutlich höher sein als in den beiden Vorjahren. Dies setzt wiederum voraus, dass die Krise im Euroraum nicht erneut eskaliert.

Finanzierungsbedingungen weiterhin äußerst günstig

Die monetären Rahmenbedingungen und das Finanzmarktumfeld sind in Deutschland nach wie vor äußerst vorteilhaft. Während die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen bereits seit geraumer Zeit ausgesprochen günstig sind, haben sich auch die Verspannungen an den Finanzmärkten weiter zurückgebildet. Der IfW-

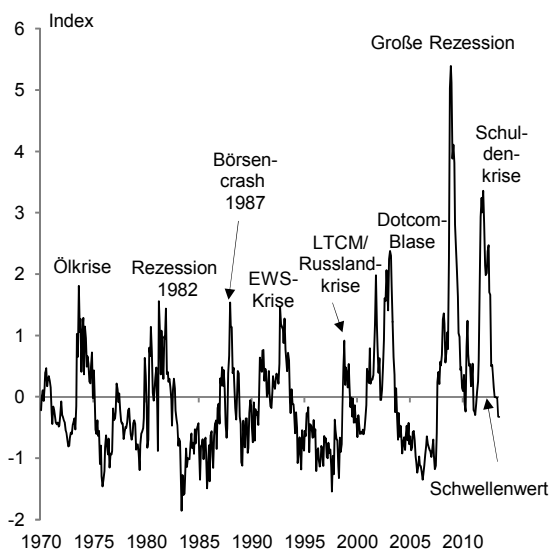
Finanzmarktstressindikator liegt seit nunmehr vier Monaten unter dem Schwellenwert, ab dem eine Beeinträchtigung der realwirtschaftlichen Entwicklung zu befürchten ist (Abbildung 3).¹ Maßgeblich für den niedrigen Stress dürfte die weiterhin permissive Geldpolitik sein. Die Europäische Zentralbank (EZB) hatte im vergangenen Jahr angekündigt, Staatsanleihen ausgewählter Länder des Euroraums zu kaufen (Outright Monetary Transactions, OMT), sofern sie eine Intervention als angemessen erachtet. In der Folge verringerten sich die Renditen für Staatsanleihen und Bankschuldverschreibungen in den Problemländern deutlich, und eine Kapital- und Depositenflucht aus diesen Ländern ist derzeit nicht mehr erkennbar. Darüber hinaus hat sie mit der erneuten Zinssenkung im Mai 2013 die Refinanzierungskosten für Banken in den Krisenländern weiter gesenkt. Alles in allem hat sich der Finanzmarktstress in wichtigen Handelspartnerländern verringert.² Dies lässt sich auch an den Target2-Positionen der nationalen Zentralbanken ablesen, die sich in den vergangenen Monaten in der Tendenz reduzierten. Inwieweit der EZB mithilfe dieser Maßnahmen eine Eindämmung der Finanzmarkt-turbulenzen gelingt, hängt vor allem davon ab, ob und wie schnell sich die Verspannungen in

¹ Zum Einfluss des über den Indikator gemessenen Finanzmarktstress auf die Konjunktur siehe van Roye (2013).

² Zu einer Analyse zur internationalen Übertragung von Finanzmarktstress und dessen Auswirkung auf die Konjunktur siehe Doornik und van Roye (2013).

den Bankensektoren der Peripherieländer lösen. Für die Prognose wird unterstellt, dass das Bundesverfassungsgericht die EZB in der Ausgestaltung des OMT Programms nicht wesentlich einschränken wird.

Abbildung 3:
IfW-Finanzmarktstressindikator 1970–2013



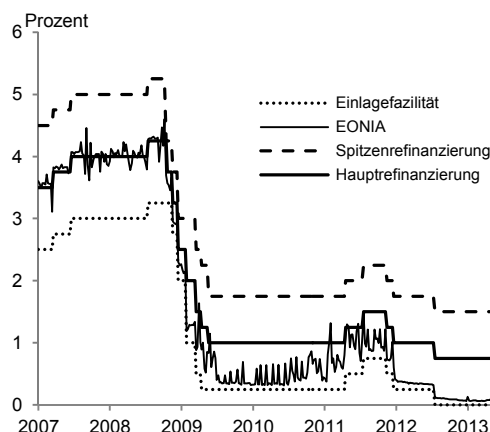
Monatsdaten; Der Schwellenwert 0 signalisiert, ob eine Beeinträchtigung der Konjunktur wahrscheinlich ist. LTCM: Long-Term Capital Management (Hedgefonds).

Quelle: EZB, Monatsbericht; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; Thomson Financial Datastream; eigene Berechnungen.

Vor dem Hintergrund der schleppenden konjunkturellen Erholung und einer weiter nachlassenden Preisdynamik im Euroraum hat die EZB die Leitzinsen im Mai auf ein Rekordtief gesenkt (Abbildung 4). Sie setzte den Hauptrefinanzierungssatz auf 0,5 Prozent. Der Zinskorridor wurde dabei auf 1 Prozentpunkt verengt, so dass Guthaben der Geschäftsbanken beim Eurosystem weiterhin nicht verzinst werden. Das vom Eurosystem bereitgestellte Refinanzierungsvolumen ist im Zuge vorzeitiger Rückzahlungen aus den beiden dreijährigen Refinanzierungsgeschäften, die Ende des Jahres 2011 durchgeführt worden waren, merklich gesunken. Auch deutsche Kreditinstitute nutzten die vorzeitige Rückzahlungsmöglichkeit und tilgten einen Großteil ihrer Verbindlichkeiten bei der Bundesbank. Vor diesem Hintergrund

wurde die Überschussliquidität in Deutschland ansässiger Banken abgebaut. In der Folge hat sich auch die monetäre Basis in Deutschland weiter spürbar verringert (Abbildung 5).

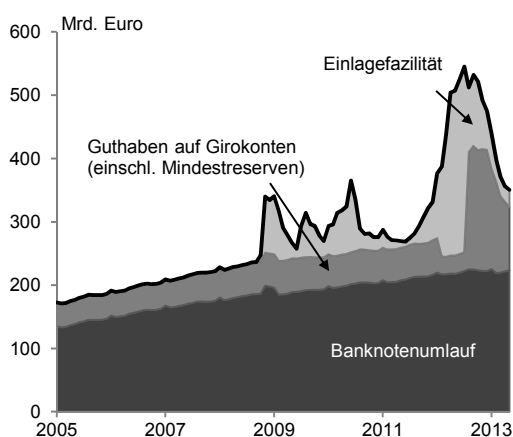
Abbildung 4:
Leitzinsen und Tagesgeldsätze im Euroraum 2007–2013



Wochendaten. EONIA (Euro OverNight Index Average): Zinssatz für unbesichertes Tagesgeld.

Quelle: EZB, Monatsbericht.

Abbildung 5:
Monetäre Basis in Deutschland 2005–2013



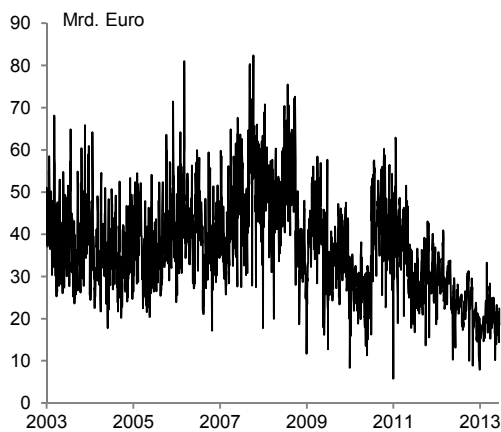
Monatsdaten.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht.

Eine verlässliche Beurteilung der Lage am Geldmarkt ist angesichts des segmentierten Interbankenhandels nach wie vor schwierig. Seit Beginn der Refinanzierungsgeschäfte mit voll-

ständiger Zuteilung und der Herabsetzung der Anforderungen für notenbankfähige Sicherheiten dürfte sich die Bedeutung des Interbankenmarktes für den geldpolitischen Transmissionsmechanismus jedoch ohnehin spürbar verringert haben. Da jedwede nachgefragte Liquidität der Geschäftsbanken von den nationalen Zentralbanken gestellt wird, ist das Transaktionsvolumen am Interbankenmarkt spürbar zurückgegangen. Am Markt für unbesichertes Tagesgeld ist das Volumen in etwa halb so hoch wie vor der Finanzkrise (Abbildung 6). Der Tagesgeldsatz (EONIA) liegt vor diesem Hintergrund nach wie vor nur geringfügig oberhalb der Nullgrenze, und die Zinssätze für Dreimonatsgeld verharren seit geraumer Zeit auf äußerst niedrigem Niveau; im Juni stagnierte der Zinssatz für besichertes Dreimonatsgeld (Eurorepo) bei 0,0 Prozent und der Zinssatz für unbesichertes Dreimonatsgeld (Euribor) lag mit bei 0,2 Prozent nur leicht höher.

Abbildung 6:
Transaktionsvolumen am Tagesgeldmarkt 2003–2013

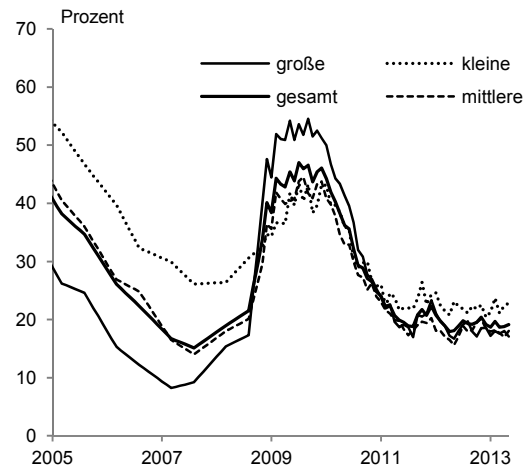


Tagesdaten.

Quelle: EZB, *Statistical Data Warehouse*.

Die Finanzierungsbedingungen sind für die Unternehmen nach wie vor äußerst vorteilhaft. Die Umfrage zur ifo-Kredithürde deutet darauf hin, dass nur wenige Unternehmen von einer restriktiven Kreditvergabe seitens der Banken betroffen sind (Abbildung 7). Darüber hinaus sind die Finanzierungskosten für Unternehmen

Abbildung 7:
Kredithürde nach Unternehmensgröße 2005–2013



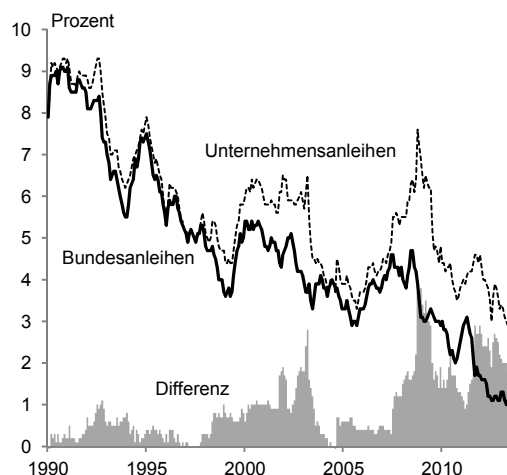
Monatsdaten ab November 2008; Anteil der Firmen, die über eine restriktive Kreditvergabe seitens der Banken berichten.

Quelle: ifo, *Schnelldienst*.

in den vergangenen Monaten leicht gesunken. Neben den Bankzinsen für Unternehmenskredite sanken auch die Renditen von Unternehmensanleihen. Im Mai lag die durchschnittliche Rendite bei 2,9 Prozent, einem historischen Tiefstand. Da die Rendite von Bundesanleihen gleichzeitig stagnierte, ging der Zinsaufschlag leicht zurück (Abbildung 8). Alles in allem dürften die außerordentlich günstigen Finanzierungsbedingungen für die Unternehmen anhalten. Darauf deutet auch der Bank Lending Survey der EZB hin; per saldo werden mehr Banken ihre Kreditvergabestandards für Unternehmen in den kommenden drei Monaten lockern (Abbildung 9).

Die EZB dürfte die Leitzinsen im gesamten Prognosezeitraum unverändert lassen. Zum einen dürfte der Preisauftrieb in den Krisenländern im kommenden Jahr im Zuge von Strukturanpassungen sehr schwach sein. Zum anderen hat sich die Konjunktüreinschätzung der EZB für die Jahre 2013 und 2014 nicht nennenswert geändert (EZB 2013). Der maßliche Zins dürfte für Deutschland – gemessen an der Inflationsrate und der Kapazitätsauslastung – im Prognosezeitraum deutlich zu niedrig sein (Boysen-Hogrefe et al. 2013a: Kasten 1). Somit dürfte die Geldpolitik im gesamten Prognose-

Abbildung 8:
Kapitalmarktzinsen 1990–2013



Monatsdaten, Renditen; Unternehmensanleihen mit mittlerer Restlaufzeit von über drei Jahren; Bundesanleihen mit 5-jähriger Laufzeit.

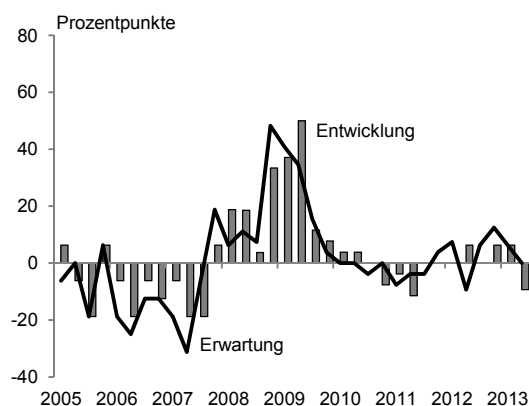
Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; eigene Berechnungen.

zeitraum sehr expansiv ausgerichtet sein. Die langfristigen Zinsen werden trotz einer Beibehaltung der Niedrigzinspolitik unter der Annahme einer leichten Entspannung der Krise im Euroraum wohl etwas steigen. Dies dürfte sich jedoch nicht nennenswert auf die Renditen für

Unternehmensanleihen und Unternehmenskredite auswirken.

Für die Prognose unterstellen wir einen Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar von 1,30. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen dürfte im Prognosezeitraum in etwa unverändert bleiben (Tabelle 1).

Abbildung 9:
Vergabestandards für Unternehmenskredite 2005–2013



Quartalsdaten; Saldo des Anteils der Banken, welche eine Anhebung der Standards angeben, und Banken, die über eine Lockerung berichten; Entwicklung: in den vergangenen drei Monaten; Erwartung: für die kommenden drei Monate.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Bank Lending Survey*.

Tabelle 1:
Rahmendaten für die Konjunktur 2011–2014

	2011				2012				2013				2014			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins der EZB	1,0	1,2	1,5	1,3	1,0	1,0	0,75	0,75	0,75	0,60	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50
Langfristige Zinsen	3,2	3,1	2,3	2,0	1,5	1,4	1,4	1,4	1,5	1,4	1,6	1,7	1,9	2,1	2,3	2,5
US-Dollar/Euro	1,37	1,44	1,41	1,35	1,31	1,28	1,25	1,30	1,32	1,30	1,30	1,30	1,30	1,30	1,30	1,30
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	87,8	88,5	87,6	87,2	86,5	86,2	85,1	85,9	86,8	86,8	86,9	86,9	86,9	86,8	86,7	86,6
Exportmärkte	2,9	1,9	1,8	0,7	1,3	0,6	1,3	0,4	1,1	1,1	2,2	2,1	2,1	2,2	2,4	2,4
Rohölpreis	105,7	117,5	113,2	110,0	118,4	109,4	111,4	110,5	113,0	104,9	105,4	106,0	106,5	107,0	107,5	108,1

Leitzins der EZB: Hauptrefinanzierungssatz; Langfristige Zinsen: Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen; Preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 36 Ländern auf Basis von Deflatoren für den Gesamtabsatz, Index: 1991 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Exportmärkte: Bruttoinlandsprodukt in 46 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal, Jahresrate. Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB, *Monatsbericht*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; IMF, *International Financial Statistics*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Finanzpolitik: Konsolidierung pausiert

Der Konsolidierungskurs ist im laufenden Jahr deutlich gelockert worden. Eine Vielzahl neuer Maßnahmen – unter anderem Fluthilfemaßnahmen – belastet das Budget. So ist der Grundfreibetrag im Einkommensteuertarif angehoben worden und durch die Umsetzung verschiedener EuGH-Urteile zur Dividendenbesteuerung entstehen Mindereinnahmen (Tabelle 2). Zu Mehrausgaben führen das Betreuungsgeld, das allerdings erst in der zweiten Jahreshälfte eingeführt wird, und die Subventionierung privater Pflegezusatzversicherungen („Pflege-Bahr“). Ferner wird der Bund die bereits durch den Energie- und Klimafonds finanzierten Programme zur energetischen Gebäudesanierung aus dem eigenen Haushalt aufstocken, und Unternehmen werden zusätzliche Subventionen gewährt, die die Folgen des CO₂-Zertifikatehandels für die Stromkosten ausgleichen sollen. Ein Investitionsprogramm des Bundes für Verkehrsinfrastruktur im Umfang von 750 Mill. Euro dürfte im laufenden Jahr für zusätzliche Ausgaben sorgen, wobei ein Großteil des Programms in der Beschleunigung bereits geplanter bzw. in der Durchführung befindlicher Projekte besteht. Mindereinnahmen von über 6 Mrd. Euro zieht die Absenkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung von 19,6 Prozent auf 18,9 Prozent nach sich. Zudem ist die Praxisgebühr abgeschafft worden, wodurch dem Gesundheitsfonds Mehrausgaben von 1,9 Mrd. Euro entstehen dürften. Geringfügig höhere Ausgaben werden durch die Einbeziehung eingetragener Lebenspartnerschaften in das Ehegattensplitting entstehen. Ferner wird das Budget von den Fluthilfen belastet, die der Bund und die Länder den Geschädigten des Hochwassers gewähren, und von den teils erheblichen Kosten zur Wiederherstellung durch das Hochwasser zerstörter öffentlicher Infrastruktur (Kasten 2).

Weitgehend budgetneutral sind Veränderungen in der gesetzlichen Pflegeversicherung. Zwar werden die Leistungen ausgeweitet, zugleich aber die Beitragssätze angehoben. Ebenso budgetneutral soll die merkliche Ausweitung

der Ausgaben des Energie- und Klimafonds durch Mehreinnahmen aus dem CO₂-Zertifikatehandel gestaltet sein. Wegen des jüngsten Preisverfalls für solche Zertifikate dürften die entsprechenden Einnahmen jedoch deutlich geringer ausfallen als geplant, so dass selbst ein Zuschuss der KfW im Umfang von 311 Mill. Euro ein Defizit im Energie- und Klimafonds kaum verhindern wird.

Entlastungen für das Budget entstehen durch einige Maßnahmen, die aber überwiegend schon vor einigen Jahren beschlossen worden waren. So wird die Anpassung der Renten in Westdeutschland wegen der unterbliebenen Rentenkürzung im Jahr 2010 schwächer als in der allgemeinen Lohnentwicklung angelegt ausfallen. Zudem entfallen Ausgaben für die Eigenheimzulage, und die Insolvenzgeldumlage wird angehoben, nachdem sie 2011 gar nicht und 2012 mit einem deutlich reduzierten Satz erhoben worden war. Ferner wird das Budget der Bundesagentur für Arbeit durch die Instrumentenreform und durch Stellenabbau entlastet. Zu noch nicht zu quantifizierenden Mehreinnahmen dürfte es durch das jüngst beschlossene Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz kommen, das neben der Konkretisierung mehrerer europarechtlicher Vorschriften einige Steuerschlupflöcher („Cash-GmbH“, „Goldfinger“) schließen soll.

Insgesamt ist unter Berücksichtigung automatischer Reaktionen mit einer Budgetwirkung von –8,8 Mrd. Euro (–0,3 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) gemessen am Stand des Jahres 2012 zu rechnen.

Im kommenden Jahr wird die Finanzpolitik nach derzeitigem Stand verglichen mit dem laufenden Jahr leicht restriktiv sein. Zwar dürften die Ausgaben für das Betreuungsgeld stark zulegen, und die abermalige Reduktion des Grundfreibetrags in der Einkommensteuer führt zu Mindereinnahmen ebenso wie die zusätzliche Berücksichtigung von Reisekosten in der Unternehmensbesteuerung und die steuerliche Stärkung des Ehrenamts. Progressionsbedingte Steuermehreinnahmen führen aber dazu, dass die Finanzpolitik im Vergleich zum Jahr 2013 das Budget um 2,3 Mrd. Euro entlasten wird.

Deutschland: Konjunktur fängt sich

Tabelle 2:
Budgetwirkungen finanzpolitischer Maßnahmen 2013–2014 (Mrd. Euro)

	2013	2014
Steuern		
Anhebung der Tabaksteuersätze	0,2	0,4
Auslaufen der Eigenheimzulage	0,8	1,1
Alterseinkünftegesetz	-0,9	-1,5
Änderungen von Unternehmensteuern	0,1	0,5
Anhebung des Grundfreibetrags in der Einkommensteuer	-0,9	-2,6
Umsetzung von EuGH-Urteilen zur Dividendenbesteuerung	-2,7	-0,7
Anhebung der Mini-Job-Grenze	-0,3	-0,3
LKW-Maut auf Bundesstraßen	0,1	0,1
Stromsteuerentlastung für Unternehmen (CO ₂ -Zertifikate)	-0,3	-0,3
Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts		-0,1
Absetzbarkeit von Reisekosten		-0,2
Ausgaben des Bundes		
Kürzung disponibler Ausgaben	0,5	0,8
Einführung des Betreuungsgeldes	-0,3	-1,0
“Pflege-Bahr“	-0,1	-0,1
Programm zur energetischen Gebäudesanierung	-0,3	-0,3
Verkehrsinfrastruktur	-0,6	0,1
Fluthilfe	-1,3	-1,3
Diskretionäre Maßnahmen von Ländern und Gemeinden (inklusive Fluthilfe)	-0,3	0,1
Sozialversicherungen		
Absenkung des Rentenbeitragssatzes	-6,5	-6,8
Eingriff in die Rentenformel	3,2	3,9
Anhebung der Insolvenzgeldumlage	0,6	0,4
Umwandlung von Pflicht- in Ermessensleistungen (BA)	0,3	0,3
Stellenabbau in der BA	0,2	0,4
Versorgungsstrukturgesetz	-0,1	-0,1
Leistungsausweitung der Pflegeversicherung	-1,0	-1,1
Beitragssatzanhebung in der Pflegeversicherung	1,1	1,1
Abschaffung der Praxisgebühr	-1,9	-1,9
Ausweitung des Kurzarbeitergeldes	-0,1	
Summe	-10,4	-9,1
Automatische Reaktionen		
Heimliche Steuererhöhungen	4,0	8,2
Endogener Rückgang von Steuerquoten	-2,4	-5,6
Summe	-8,8	-6,5
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt	-0,3	-0,2
Im Vergleich zum Vorjahr		2,3
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt		0,1

Gemessen an den Verhältnissen im Jahr 2012. Änderungen der Unternehmensteuern: Unternehmenssteuerreform 2008, Wachstumsbeschleunigungsgesetz, Auslaufen der degressiven AfA und sonstige Maßnahmen. Umsetzung von EuGH Urteilen zur Dividendenbesteuerung: Angaben zu den finanzstatistischen Wirkungen. In den VGR wurden diese zum Teil bereits 2012 verbucht. Stromsteuerentlastung für Unternehmen (CO₂-Zertifikate): Wegen des Preisverfalls bei CO₂-Zertifikaten könnte die Budgetwirkung deutlich hinter den Planzahlen zurückbleiben.

Quelle: BMF, interne Unterlagen; eigene Schätzungen und Berechnungen.

Kasten 2:

Folgen des Hochwassers für die öffentlichen Haushalte: Evidenz vom Hochwasser 2002

Die jüngsten Hochwasser an mehreren Flussläufen in Deutschland haben erhebliche Schäden bei Vermögenswerten Privater, aber auch an der öffentlichen Infrastruktur hervorgerufen. Aktuell wird die Einrichtung eines Sondervermögens angeregt. Als Vorbild gilt das Sondervermögen Fonds „Aufbauhilfe“, das in den Jahren 2003 und 2004 als Reaktion auf die Kosten der Hochwasser des Jahres 2002 gebildet wurde. Die Ereignisse des Jahres 2002 bilden eine gute Vergleichsgrundlage für die Bewertung der Folgen der aktuellen Hochwasser.

Das Hochwasser 2002 hat schätzungsweise Schäden in Höhe von rund 9 Mrd. Euro ergeben, von denen rund 4 Mrd. Euro auf Vermögensschäden privater und knapp 4,5 Mrd. Euro auf Schäden an öffentlicher Infrastruktur entfielen (Deutscher Bundestag 2003). In Reaktion wurde das Sondervermögen Fonds „Aufbauhilfe“ gebildet, das aus Mitteln des Bundes und der Länder sowie der EU finanziert wurde. Zur Finanzierung wurde eine zeitliche Verschiebung der Einkommensteuersenkung und eine zeitweise Erhöhung der Körperschaftsteuer durchgeführt, wobei der Anteil der Kommunen an den zusätzlichen Einnahmen bei diesen verblieb und der Betrag vom Bund ausgeglichen wurde.

Geplant war zunächst eine Ausstattung des Fonds „Aufbauhilfe“ mit 7,1 Mrd. Euro. Bereitgestellt wurden in den Jahren 2003 und 2004 Mittel im Umfang von knapp 6,5 Mrd. Euro, von denen über 2,1 Mrd. Euro nicht abgerufen wurden. Von den rund 4,4 Mrd. Euro wurden über 2,2 Mrd. Euro genutzt, um Programme der Länder zu finanzieren, die ihrerseits der öffentlichen Infrastruktur und Privaten zugutegekommen sein dürften. Eine knappe Milliarde Euro wurde für öffentliche Investitionen von Bund, Ländern und Kommunen bereitgestellt⁹ und knapp 0,6 Mrd. Euro wurden als Unterstützungszahlungen, Investitionshilfen und Zinssubventionen an Private vergeben. Knapp eine halbe Mrd. Euro flossen an den Bund, um dessen im Jahr 2002 geleisteten Soforthilfen zu finanzieren.

Das jüngste Hochwassergeschehen wird als vergleichbar mit dem von 2002 geschildert. Die ersten Schadensschätzungen liegen in einer vergleichbaren bzw. nur leicht höheren Größenordnung, insbesondere wenn man seit 2002 gestiegene Vermögenspreise berücksichtigt (*Handelsblatt* 2013). Derzeit wird die Bereitstellung eines Hilfsfonds im Umfang von 8 Mrd. Euro diskutiert. Aus den Erfahrungen mit dem Fonds „Aufbauhilfe“, lässt sich vermutlich schlussfolgern, dass ein Großteil der Mittel für öffentliche Investitionen aufgewandt werden wird. Transfers an Private dürften eine untergeordnete Rolle spielen. Insgesamt bleibt aber trotz der genannten Summe unsicher, in welchem Umfang und zu welchen Zeitpunkten der geplante Hilfsfonds zu Mehrausgaben des Staates beitragen wird. Zum einen müssen nicht alle Mittel abgerufen werden und zum anderen ist denkbar, dass mit Mitteln des Hilfsfonds ohnehin anstehende Projekte finanziert werden.

Für die Prognose nehmen wir an, dass in den Jahren 2013 und 2014 Transfers an Private im Umfang von 1 Mrd. Euro stattfinden, zusätzliche Investitionen von rund 4 Mrd. Euro getätigt werden und in geringerem Maße Vorleistungen und Arbeitsentgelte im Zuge der akuten Fluthilfe und für spätere Maßnahmen anfallen. Die genannten Ausgaben werden per Annahme zunächst über zusätzliche Schulden finanziert. Darüber hinaus dürften zusätzliche Ausgaben im Jahr 2015 entstehen, allerdings dürften zugleich auch Finanzierungseffekte einsetzen, die zum einen dadurch entstehen, dass global die Budgets von Bund und Ländern angesichts der Mehrausgaben gestrafft werden dürften, und zum anderen, dass die Beseitigung der Flutschäden zum Teil auch als Vorziehen von Investitionen gesehen werden kann.

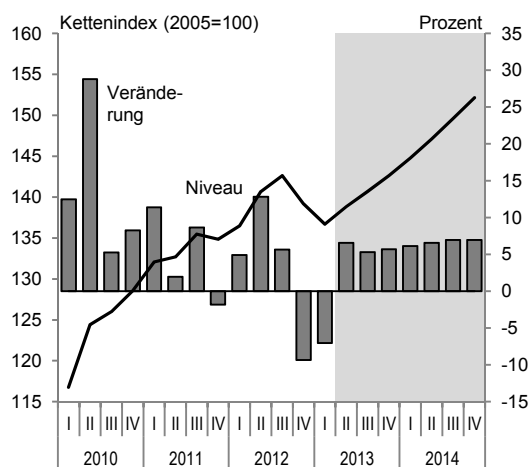
⁹Hierin enthalten sind Zahlungen von über 80 Mill. Euro an die Deutsche Bahn.

Außenhandel erholt sich vom Einbruch im Winterhalbjahr

Der Außenhandel war im ersten Quartal erneut deutlich rückläufig. Die Ausfuhren sanken mit einer laufenden Jahresrate von 7 Prozent etwas

langsamer als im Vorquartal (Abbildung 10). Die Einfuhren gingen mit 8,2 Prozent sogar noch stärker zurück als im vierten Quartal des vergangenen Jahres (Abbildung 11). Anders als im Vorquartal, als der Außenhandel mit einem negativen Expansionsbeitrag von 2,7 Prozentpunkten maßgeblich zum Rückgang des Brutto-

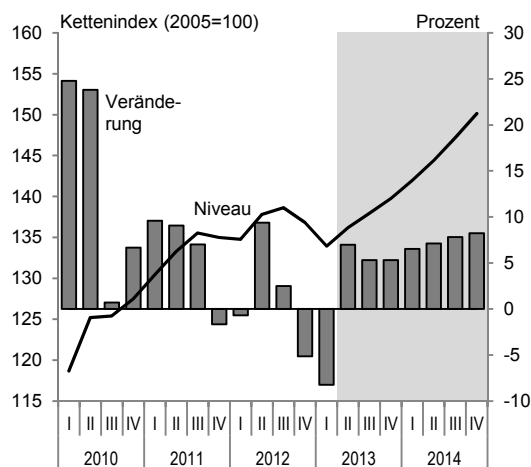
Abbildung 10:
Exporte 2010–2014



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 11:
Importe 2010–2014



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

inlandsprodukts beitrug, wirkte er im ersten Quartal etwa neutral auf die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts. Nach dem Einbruch im Winterhalbjahr zeichnet sich für die kommenden Quartale eine Erholung beim Außenhandel ab.

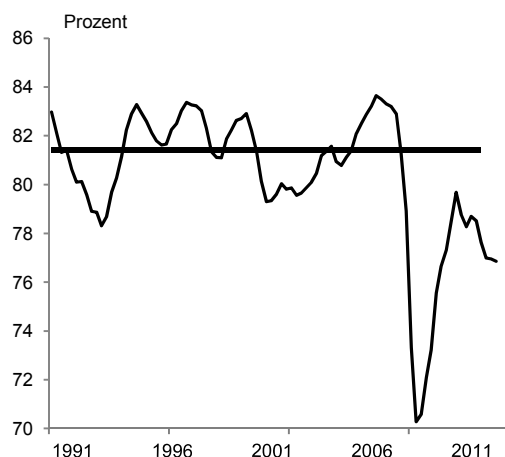
Die nominalen Wareneinfuhren in den asiatischen Raum nahmen im ersten Quartal kräftig ab; sie waren bereits das dritte Quartal in Folge rückläufig.³ Auch die Exporte in die Vereinigten Staaten verringerten sich, allerdings in deutlich geringerem Tempo als im Vorquartal. Die Ausfuhren in den Euroraum legten leicht zu, vor allem weil die Ausfuhren in die Länder der Peripherie anzogen, während die Lieferungen in die übrigen Länder des Euroraums zurückgingen. Auch die Exporte in die übrigen Länder der Europäischen Union expandierten etwas, nachdem sie im Vorquartal noch kräftig zurückgegangen waren. Nach Gütergruppen betrachtet gingen die Investitionsgüterexporte aufgrund des geringen Bedarfs in Folge der geringen Kapazitätsauslastung in den Abnehmerländern zurück (Abbildung 12).⁴ Die Ausfuhren von Vorleistungsgütern nahmen zwar leicht zu, allerdings haben sie sich bereits seit einem Jahr insgesamt kaum erhöht. Die Exporteure von Konsumgütern profitierten von der Aufhellung des Konsumentenvertrauens in den Abnehmerländern. Sie konnten ihre Ausfuhren kräftig ausweiten, nachdem sie im Vorquartal noch zurückgegangen waren. Die Dienstleistungsexporte nahmen dagegen abermals deutlich ab.

Für das zweite Quartal deuten die Frühindikatoren auf einen spürbaren Anstieg der Exporte hin. Die Exporterwartungen der Unternehmen befinden sich nach wie vor auf recht hohem Niveau, auch wenn sie in der Tendenz zuletzt leicht rückläufig waren (Abbildung 13). Die Auftragseingänge aus dem Ausland haben sich seit dem Januar erholt, und auch die für

³ Die Entwicklung der Ausfuhren nach Regionen und nach Gütergruppen wird in nominaler Rechnung in Abgrenzung des Spezialhandels beschrieben, die für gewöhnlich gut dazu geeignet ist, die zugrunde liegenden Tendenzen der Exporte gemäß der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu beschreiben. Im ersten Quartal weichen die Ergebnisse für die Ausfuhren jedoch stark voneinander ab, so dass sich der kräftige Rückgang der Exporte gemäß der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht aus der regionale Entwicklung bzw. der Entwicklung gemäß der Gütergruppen ergibt.

⁴ Für den Zusammenhang zwischen der Kapazitätsauslastung in den Abnehmerländern und den deutschen Investitionsgüterexporten vgl. Jannsen und Richter (2012).

Abbildung 12:
Kapazitätsauslastung in den Abnehmerländern 1991–2013



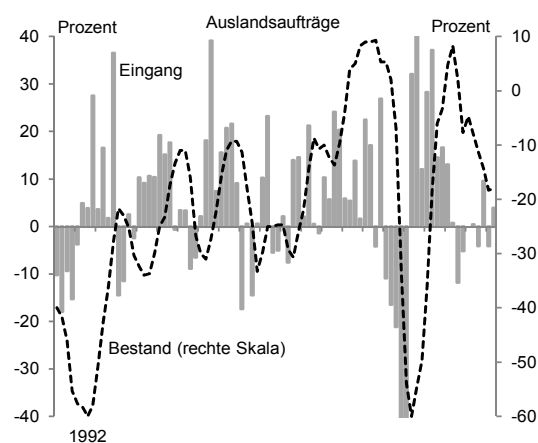
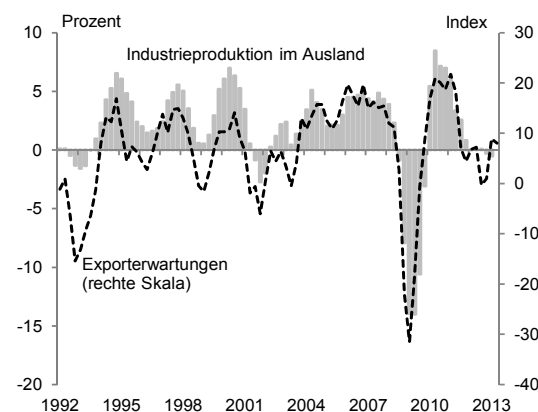
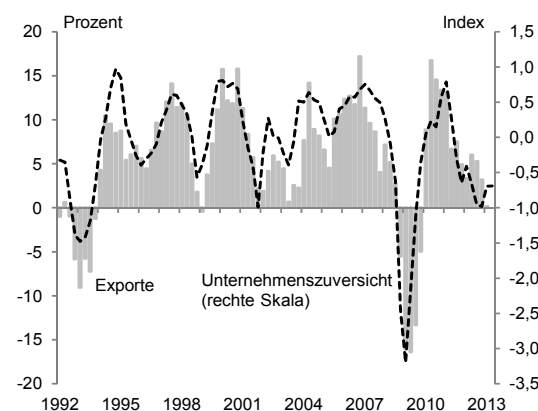
Quartalsdaten. Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe in 37 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; horizontale Linie: Durchschnitt von 1991 bis 2007.

Quelle: Nationale Quellen; eigene Berechnungen.

den April vorliegenden nominalen Warenausfuhren sind deutlich nach oben gerichtet. Lediglich der von uns berechnete Indikator für die Unternehmenszuversicht in den Abnehmerländern deutet auf einen verhaltenen Anstieg der Exporte hin. Er tendierte zuletzt seitwärts und befindet sich deutlich unter seinem historischen Durchschnitt. Zudem spricht vieles dafür, dass die große Diskrepanz, die im ersten Quartal zwischen den Stimmungskindikatoren sowie den nominalen Warenausfuhren auf der einen Seite und den Exporten gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf der anderen Seite aufgetreten war, im zweiten Quartal nicht erneut auftreten wird (Kasten 3). Alles in allem rechnen wir mit einem Anstieg der Exporte im zweiten Quartal um 6,6 Prozent.

Im weiteren Verlauf werden die Exporte wohl vorerst in moderatem Tempo expandieren. Zwar wird die Rezession im übrigen Euroraum voraussichtlich über das Sommerhalbjahr hinweg anhalten. Allerdings werden die Produktionsrückgänge wohl deutlich geringer ausfallen als in den Quartalen zuvor (Boysen-Hogrefe et al. 2013b). Zudem dürften die Ausfuhren von der konjunkturellen Belebung im asiatischen Raum und der robusten konjunkturellen Ent-

Abbildung 13:
Exportindikatoren 1992–2013



Quartalsdaten; Exporte, Industrieproduktion: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Auftragsengang: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate; Auftragsbestand: Nettoanteil der Unternehmen, die über außerordentlich hohe Auftragsbestände berichten; Unternehmenszuversicht, Industrieproduktion: in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Unternehmenszuversicht, Exportorerwartungen, Auftragsbestand (Auftragsengang): Wert für aktuelles Quartal entspricht dem Durchschnitt der ersten beiden Monatswerte (entspricht dem ersten Monatswert) des jeweiligen Quartals.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Thomson Financial Datastream; ifo, *Konjunkturperspektiven*; eigene Berechnungen.

Kasten 3:

Zum Rückgang der Exporte im ersten Quartal

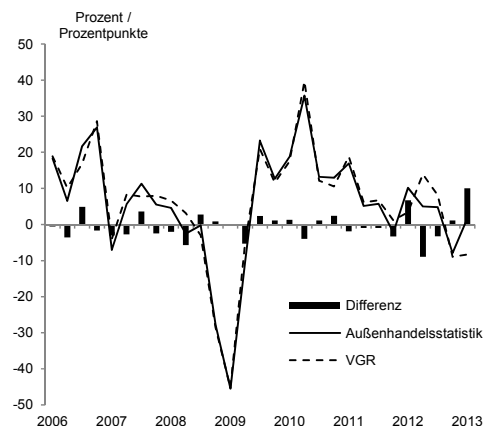
Der deutliche Rückgang der Ausfuhren im ersten Quartal war in Anbetracht der vorliegenden Frühindikatoren recht überraschend. So deuten die für das erste Quartal erhobenen Stimmungsindikatoren teils auf einen moderaten Anstieg (Unternehmenszuversicht in den Abnehmerländern), teils sogar auf einen recht kräftigen Anstieg (Exportorerwartungen der Unternehmen) der Ausfuhren hin. Die nominalen Warenausfuhren in Abgrenzung des Spezialhandels, die in der Außenhandelsstatistik erfasst werden, sind saisonbereinigt mit einer laufenden Jahresrate von 1,8 Prozent gestiegen. Dagegen sind die nominalen Warenausfuhren in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen deutlich um 8,3 Prozent gesunken (Abbildung K3-1). Diese Diskrepanz ist maßgeblich dafür, dass die realen Exporte im ersten Quartal um 7 Prozent zurückgegangen sind.^a Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit man der Stimmungsindikatoren, die teils erneut auf einen recht deutlichen Anstieg der Exporte hindeuten, und den für den April vorliegenden nominalen Warenausfuhren in Abgrenzung des Spezialhandels, die ebenfalls eine recht kräftige Zunahme der Exporte signalisieren, als Frühindikatoren für das zweite Quartal noch wie gewohnt vertrauen kann.

Die nominalen Warenausfuhren in Abgrenzung des Spezialhandels gehen zwar direkt in die Berechnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein, allerdings werden Zusetzungen und Absetzungen vorgenommen, um zu der Abgrenzung der nominalen Warenausfuhren zu gelangen, die für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen maßgeblich ist (Statistisches Bundesamt 2007). Die Zu- und Absetzungen betreffen beispielsweise Ausfuhren aus Zolllagern, Lohnveredelungsgeschäfte oder den sonstigen Warenverkehr, der Zahlungen zwischen Gebietsfremden und Gebietsansässigen für Waren, die das jeweilige Wirtschaftsgebiet nicht verlassen, umfasst. Sie werden im Rahmen der Zahlungsbilanzstatistik von der Deutschen Bundesbank erhoben. Im Zusammenhang mit der jüngst vorgenommenen umfassenden Revision der Zahlungsbilanzstatistik konnten die Zu- und Absetzungen noch nicht wie gewohnt für die Berechnung der Exporte für das erste Quartal in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen berücksichtigt werden; in der Folge ging die Differenz aus Zu- und Absetzungen außergewöhnlich stark zurück.^b Dieser Rückgang erklärt den gesamten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausgewiesenen Rückgang der nominalen Ausfuhren.^c Da die Zu- und Absetzungen für die Berechnung der Exporte für das zweite Quartal wieder berücksichtigt werden können, handelt es sich dabei jedoch um einen Einmaleffekt. Deshalb spricht derzeit nichts dafür, dass die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausgewiesenen Ausfuhren im zweiten Quartal erneut deutlich schwächer verlaufen als es die nominalen Warenausfuhren in Abgrenzung des Spezialhandels oder die Frühindikatoren signalisieren.^d Alles in allem ist somit auch das allgemeine außenwirtschaftliche Umfeld im ersten Quartal besser durch die nominalen Warenausfuhren in Abgrenzung des Spezialhandels sowie durch Stimmungsindikatoren abgebildet worden und die realen Exporte dürften im zweiten Quartal spürbar zulegen.

^aDie Exportpreise haben sich im ersten Quartal relativ unauffällig verhalten. — ^bEin Rückgang der Differenz aus Zu- und Absetzung für das erste Quartal ergab sich auch gemäß der Zahlungsbilanzstatistik, wenngleich dieser merklich geringer ausfiel. Mit der für das kommende Jahr vorgesehenen Großen VGR-Revision wird im Zuge der Umstellung auf das ESVG 2010 auch eine weitgehende Harmonisierung der Außenhandelerfassung mit dem neuen Rechenwerk der Zahlungsbilanzstatistik (BPM6) erfolgen. — ^cDie Differenz, die sich zwischen den nominalen Wareneinfuhren in Abgrenzung des Spezialhandels und den nominalen Wareneinfuhren in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das erste Quartal ergeben hat, fiel deutlich geringer aus. — ^dDie für den April vorliegenden Daten für die Zu- und Absetzungen aus der Zahlungsbilanzstatistik deuten sogar auf einen Anstieg der Differenz aus Zu- und Absetzungen für das zweite Quartal hin.

Abbildung K3-1:

Nominale Warenausfuhren gemäß der Außenhandelsstatistik und gemäß der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen



Quartalsdaten, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate; Differenz: zwischen Außenhandelsstatistik und Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; Außenhandelsstatistik: in Abgrenzung des Spezialhandels.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* und *Fachserie 7, Reihe 1*.

wicklung in den Vereinigten Staaten sowie in den anderen fortgeschritten Volkswirtschaften gestützt werden. Aufgrund des Einbruchs im Winterhalbjahr werden die Ausfuhren im laufenden Jahr insgesamt jedoch stagnieren. Im kommenden Jahr dürften die Exporte von dem Anziehen der Weltwirtschaft und insbesondere dem Einschwenken der Konjunktur im übrigen Euroraum auf einen moderaten Erholungskurs profitieren und in deutlich beschleunigtem Tempo zulegen. Für das Jahr 2014 rechnen wir mit einem Anstieg der Ausfuhren um 6,3 Prozent.

Der Rückgang der Importe im ersten Quartal ist vor allem auf die deutlich rückläufigen Lieferungen aus den europäischen Ländern außerhalb der Europäischen Union zurückzuführen. Zudem stagnierten die nominalen Wareneinfuhren aus dem asiatischen Raum lediglich. Die Importe aus der Europäischen Union expandierten dagegen, nachdem sie im Vorquartal noch spürbar zurückgegangen waren. Dabei legten die Einfuhren aus dem Euroraum etwas rascher zu als die Ausfuhren in diese Region, so dass der Handelsbilanzüberschuss mit dem übrigen Euroraum im ersten Quartal abermals rückläufig war. Dieser Rückgang wurde anders als in den Vorquartalen nicht durch einen Anstieg des Handelsbilanzsaldos mit dem asiatischen Raum ausgeglichen. Auch er ging zurück, befindet sich jedoch nun bereits seit eineinhalb Jahren im positiven Terrain.⁵ Maßgeblich für den Anstieg des Handelsbilanzsaldos im ersten Quartal, war ein kräftiger Anstieg der Überschüsse mit den europäischen Ländern außerhalb der Europäischen Union.

Im zweiten Quartal dürften die Einfuhren um 7,0 Prozent zulegen, vor allem weil aufgrund des deutlichen Swings bei den Exporten der Bedarf an importierten Vorleistungsgütern kräftig zulegen wird und auch die Ausrüstungsinvestitionen wieder leicht expandieren werden, nachdem sie zuvor kräftig zurückgegangen waren. Darauf deuten auch die nominalen Wareneinfuhren hin, die für den April vorliegen. Im weiteren

Verlauf des Jahres werden die Einfuhren auf einem robusten Expansionskurs einschwenken, vor allem weil aufgrund der allmählich zunehmenden Dynamik bei den Ausrüstungsinvestitionen auch die Importe von Investitionsgütern in beschleunigtem Tempo zulegen dürften. Im kommenden Jahr dürften die Zuwachsraten bei den Importen deutlich anziehen, da neben der weiter zunehmenden Investitionsdynamik nun auch Impulse von der merklichen Belebung bei den Ausfuhren zu erwarten sind. Im laufenden Jahr werden die Importe im Jahresdurchschnitt wohl stagnieren. Für das kommende Jahr rechnen wir mit einem Anstieg der Einfuhren um 6,6 Prozent. Der Außenbeitrag dürfte im laufenden Jahr im Durchschnitt etwa unverändert bleiben und im kommenden Jahr 0,3 Prozentpunkte zur Expansion des Bruttoinlandsprodukts beitragen.

Die Importpreise gingen im ersten Quartal mit einer laufenden Jahresrate von knapp 4 Prozent kräftig zurück. Eine Ursache für den Rückgang dürfte die bis zum Februar zu beobachtende Aufwertung des Euro gewesen sein. So waren die Importpreise auf breiter Front rückläufig. Zudem sanken auch die Preise für Einfuhren aus dem Euroraum in saisonbereinigter Rechnung. Für das zweite Quartal zeichnet sich sogar ein etwas stärkerer Rückgang der Einfuhrpreise als im ersten Quartal ab. Maßgeblich für den Rückgang sind die seit März zu beobachtenden merklich niedrigeren Preise für Rohöl, andere Energieträger sowie sonstige Rohstoffe. Alles in allem rechnen wir mit einem Rückgang der Importpreise im zweiten Quartal um knapp 5 Prozent. Darauf deuten auch die für den April vorliegenden monatlichen Preise für die Wareneinfuhren hin. In der zweiten Jahreshälfte dürften die Importpreise weiter sinken, wenn auch in deutlich vermindertem Tempo. Zum einen werden die Preisrückgänge für Energieträger und andere Rohstoffe vorerst noch weiter wirken. Zum anderen besteht aufgrund der niedrigen Kapazitätsauslastung in den Lieferländern und der schwachen bis moderaten Lohnentwicklung insbesondere in einigen Ländern des Euroraums wenig Aufwärtsdruck bei den Preisen. Auch im Verlauf des kommenden Jahres werden diese Faktoren noch preis-

⁵ Für einen Überblick über aktuelle Trends im deutschen Außenhandel vgl. Jannsen und Kooths (2012) sowie Boysen-Hogrefe et al. (2013a: Kasten 2)

dämpfend wirken, allerdings werden die Einfuhrpreise dann mit der Belebung des Welthandels wohl wieder etwas zulegen. Im Jahresdurchschnitt dürften die Importpreise gleichwohl um 0,4 Prozent sinken. Für das laufende Jahr zeichnet sich der Rückgang der Einfuhrpreise um 2,2 Prozent ab.

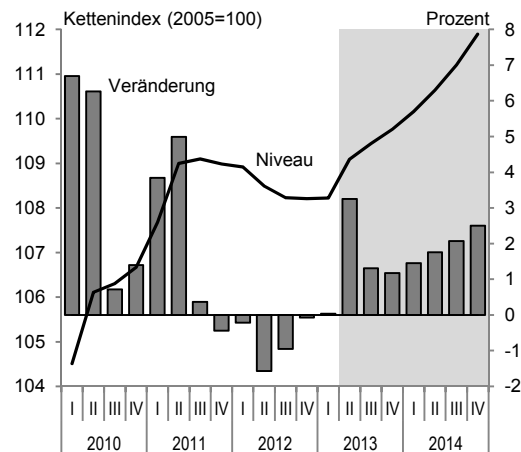
Die Exportpreise sanken im ersten Quartal nur leicht. Zwar waren die Lohnstückkosten zuletzt weiter recht kräftig aufwärts gerichtet. Allerdings verringerten sich Preise für importierte Vorleistungsgüter deutlich, so dass sich die Exporteure mit Preissteigerungen vorerst zurückhielten. Im Sommerhalbjahr dürften die Exportpreise in leicht beschleunigtem Tempo zurückgehen, allerdings deutlich langsamer als die Importpreise. Wir rechnen damit, dass die Exportpreise im zweiten Quartal um 1,6 Prozent zurückgehen werden. Darauf deuten auch die für den April vorliegenden monatlichen Preise für die Warenausfuhren hin. Im weiteren Verlauf dürften die Exportpreise mit der Erholung der Konjunktur in den Abnehmerländern und dem wieder zunehmenden Kostendruck von der Lohnseite wieder auf einen moderaten Expansionskurs einschwenken. Alles in allem dürften die Exportpreise etwas rascher zulegen als die Importpreise. Dafür spricht, dass die deutschen Exporteure über vergleichsweise hohe Preissetzungsspielräume verfügen, ihre Lohnkosten aufgrund der relativ günstigen Situation am deutschen Arbeitsmarkt stärker zulegen werden als in vielen Handelspartnerländern – insbesondere als in denen des Euroraums – und die Kapazitätsauslastung in Deutschland höher ist als in vielen anderen Ländern. Kurzfristig wird die Verbesserung der Terms of Trade zudem durch den jüngst zu beobachtenden Preisrückgang für Rohstoffe befeuert.

Alles in allem rechnen wir für das laufende Jahr mit einem Rückgang der Exportpreise um 0,5 Prozent. Im kommenden Jahr dürften sie im Jahresdurchschnitt etwas zulegen. In diesem Fall werden sich die Terms of Trade im laufenden Jahr spürbar um 1,7 Prozent und im kommenden Jahr nochmals um 0,7 Prozent verbessern.

Inländische Verwendung: Schwächephase wird überwunden

Die letzte inländische Verwendung trat im ersten Quartal abermals auf der Stelle (Abbildung 14). Zwar weiteten die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben mit einer laufenden Jahresrate von 3,1 Prozent kräftig aus, dem stand jedoch ein Rückgang der Bruttoinvestitionen um 9,2 Prozent gegenüber. Im Ergebnis ist das Niveau der heimischen Absorption praktisch unverändert geblieben. Der Einbruch der Investitionstätigkeit war maßgeblich durch witterungsbedingte Produktionsausfälle bei öffentlichen Bauvorhaben bedingt. Auch die Wohnungsbauinvestitionen waren negativ betroffen. Die konjunkturelle Grundtendenz war in den ersten drei Monaten indes aufwärts gerichtet. Diese Grundtendenz dürfte sich im Prognosezeitraum verstärken, wobei nachzuholende Bauinvestitionen zusätzlich positiv auf die Expansionsraten im zweiten und dritten Quartal ausstrahlen. Die seit zwei Jahren andauernde Schwächephase der binnenwirtschaftlichen Absorption dürfte somit überwunden sein.

Abbildung 14:
Letzte inländische Verwendung 2010–2014



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

In diesem Jahr wird der Anstieg der heimischen Absorption ausschließlich von der konsumtiven Verwendung getragen. Im nächsten Jahr dürften die Auftriebskräfte vor allem aufgrund einer merklich belebten Investitionsneigung der Unternehmen und einer deutlich ausweiteten Wohnungsbautätigkeit fast zu gleichen Teilen vom Verbrauch und dem Aufbau des Kapitalstocks getragen werden (Tabelle 3). Alles in allem rechnen wir für dieses Jahr mit einem Zuwachs der letzten inländischen Verwendung um 0,6 Prozent. Im nächsten Jahr dürfte die Zuwachsrate bei 1,7 Prozent liegen.

Tabelle 3:
Anlageinvestitionen 2011–2014

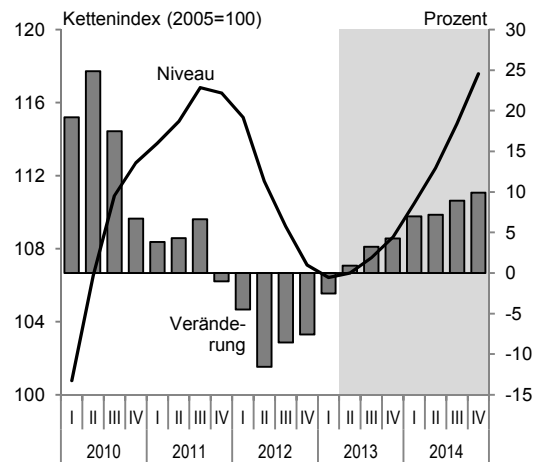
	2011	2012	2013	2014
Anlageinvestitionen	6,2	-2,5	-0,5	4,5
Unternehmensinvestitionen	6,9	-3,3	-1,0	4,7
Ausrüstungen	7,0	-4,8	-3,1	5,9
Wirtschaftsbau	8,1	-1,9	2,6	2,1
Sonstige Anlagen	3,9	3,1	2,5	4,5
Wohnungsbau	6,3	0,9	-0,5	3,1
Öffentlicher Bau	-1,0	-10,9	3,5	10,1
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauinvestitionen	5,8	-1,5	0,9	3,6

Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Die *Ausrüstungsinvestitionen* waren zu Jahresbeginn im sechsten Quartal in Folge rückläufig, die Kontraktionsraten nehmen jedoch seit drei Quartalen deutlich ab (Abbildung 15). Zuletzt schrumpfte die Anschaffung von neuen Ausrüstungsgütern nur noch um 2,5 Prozent. Das derzeitige Niveau reicht gerade noch aus, um den Verschleiß bestehender Anlagen auszugleichen. Die seit eineinhalb Jahren zu beobachtende Flaute bei den Ausrüstungsinvestitionen spiegelt neben der Verunsicherung über die weiteren Geschäftsaussichten auch die in diesem Zeitraum rückläufige Kapazitätsauslastung in der Industrie wider (Abbildung 16). Zwar ergab die letzte Erhebung zur Kapazitätsauslastung im April einen leichten Dämpfer nach dem im Vorquartal ermittelten Anstieg. Die zuletzt zu beobachtende Entwicklung der Industrieproduktion deutet aber darauf hin,

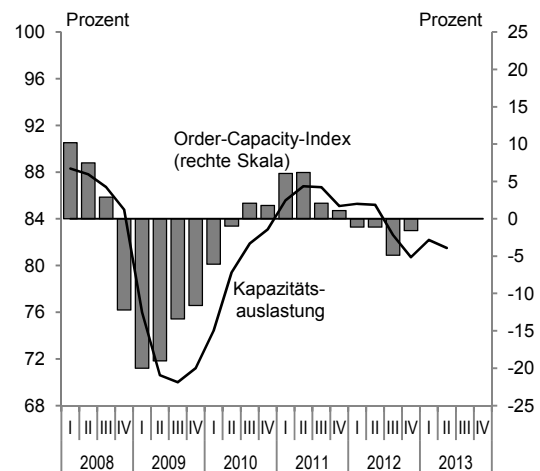
Abbildung 15:
Ausrüstungsinvestitionen 2010–2014



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 16:
Kapazitätsauslastung 2007–2012



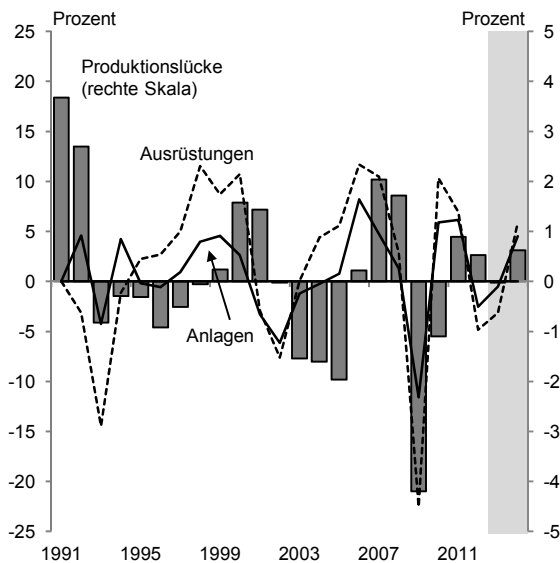
Quartalsdaten, saisonbereinigt; Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe (Achse schneidet bei Normalauslastung).

Quelle: EU-Kommission, *Konjunkturumfrage bei Unternehmen und Verbrauchern*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*.

dass die Auslastung der Kapazitäten demnächst wieder zunehmen wird. Auch die Geschäftserwartungen haben sich seit einem halben Jahr aufgehellt. Dies und die inländischen Auftragsengänge für Investitionsgüter sprechen dafür, dass die Talfahrt nunmehr gestoppt ist und die

Ausrüstungsinvestitionen demnächst auf einen – zunächst noch sehr moderaten – Expansionspfad einschwenken werden. Im Zuge der von uns erwarteten konjunkturellen Belebung im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dürfte auch die Anschaffung von Ausrüstungsgütern merklich anziehen (Abbildung 17), zumal die Finanzierungsbedingungen voraussichtlich noch für einen längeren Zeitraum extrem günstig bleiben werden. Aufgrund des schwachen Jahresauftaktes und des statistischen Unterhangs aus dem Vorjahr dürften die Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr 3,1 Prozent unter dem Vorjahresniveau liegen. Für das nächste Jahr rechnen wir mit einem Anstieg um knapp 6 Prozent.

Abbildung 17:
Investitionszyklen 1991–2014



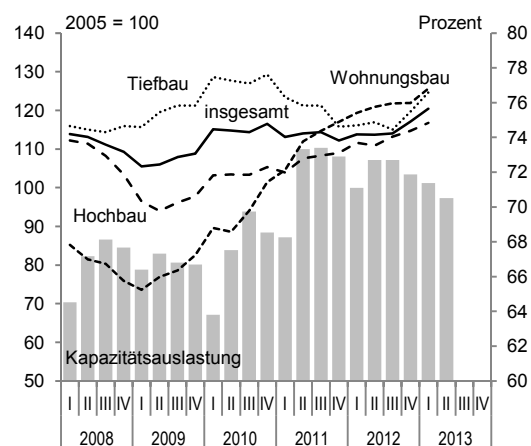
Jahresdaten; Anlagen, Ausrüstungen: preisbereinigt, Veränderung gegenüber Vorjahr; Produktionslücke: in Prozent des Produktionspotenzials.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; gemeinsame Berechnungen von IfW und ZEW; grau hinterlegt: Prognose.

Die *Bauinvestitionen* sind im ersten Quartal um 8,1 Prozent geschrumpft. Hierin spiegeln sich jedoch witterungsbedingte Produktionsbehinderungen wider, konjunkturell stehen die Zeichen auf Expansion. Ausweislich der jüngsten Produktionszahlen des Baugewerbes ist für

das zweite Quartal mit einer kräftigen Ausweitung der Bauinvestitionen zu rechnen. Hierauf deutet auch die zuletzt (Mai-Befragung) auf einen gesamtdeutschen Rekordwert emporgeschleunigten Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe hin (73,9 Prozent nach 67,1 Prozent im April). Dies lässt darauf schließen, dass die zuvor aufgeschobenen Bauvorhaben zügig nachgeholt werden. Sowohl die Baugenehmigungen als auch die Auftragsbestände für Bauprojekte sind weiterhin aufwärts gerichtet. So nahmen das Auftragsvolumen im Bauhauptgewerbe zuletzt zwei Quartale in Folge mit mehr als 11 Prozent zu (Abbildung 18). Während in diesem Jahr die Impulse maßgeblich vom Wirtschaftsbau herrühren dürften, wird die Expansion im nächsten Jahr vor allem durch den Wohnungsbau und die öffentlichen Bauinvestitionen gestützt. Insgesamt rechnen wir für dieses Jahr – bedingt durch den schwachen Jahresauftakt – mit einem Bauinvestitionsvolumen, das nur knapp 1 Prozent über dem Vorjahresniveau liegt. Im nächsten Jahr dürften die Bauinvestitionen mit 3 Prozent recht kräftig ausgeweitet werden. Diesen Ergebnissen liegt allerdings ein

Abbildung 18:
Auftragslage und Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe 2008–2013



Quartalsdaten. Kapazitätsauslastung: saisonbereinigt, rechte Skala (2013-Q2: Apr./Mai.); Auftragsbestände: preis-, saison- und kalenderbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *GENESIS-Datenbank*; ifo, *Konjunkturperspektiven*.

Verlauf zugrunde, dessen Dynamik der jahresdurchschnittlichen Betrachtung entgegengesetzt ist.

Die Investitionen in Wohnbauten gaben im ersten Quartal um fast fünf Prozent nach, wofür in erster Linie ungünstige Witterungsbedingungen ursächlich sein dürften. Sowohl der Auftragsbestand als auch die Baugenehmigungen weisen weiterhin auf Expansion hin. Hierauf deuten auch die jüngsten Erhebungen des BBSR-Expertenpanels Immobilienmarkt hin (BBSR 2013), wonach die Neubauaktivität im Geschosswohnungsbau und der Revitalisierungsmarkt (Modernisierung und Sanierung im Bestand) den stärksten Schub erwarten lassen. Der Nachfragesog zeigt sich deutlich an der Entwicklung sowohl der Neuvertragsmieten als auch der Häuserpreise. Ausweislich des Immobilienpreisindex des Verbandes der Pfandbriefbanken (vdp) ziehen die Neuvertragsmieten kräftig an. Die Teuerungsdifferenz zwischen Neuvertragsmieten und der allgemeinen Mietentwicklung nimmt seit über drei Jahren kontinuierlich zu. Im vergangenen Jahr betrug der Abstand schon 1,5 Prozentpunkte. Seit zwei Quartalen ziehen die Neuvertragsmieten um mehr als 4 Prozent an – sie steigen damit am aktuellen Rand mehr als dreimal so schnell wie der Durchschnitt aller Mieten. Über die zurückliegenden 12 Quartale verteuerten sich Wohnimmobilien – gemessen am vdp-Preisindex für selbstgenutztes Wohneigentum – durchschnittlich um drei Prozent pro Jahr. Auch hier ist am aktuellen Rand eine Beschleunigung erkennbar. Demgegenüber sind die Finanzierungsbedingungen weiterhin extrem günstig. Der Effektivzinsatz für besicherte Wohnungsbaukredite liegt seit sechs Monaten mit unter 2,8 Prozent auf einem historisch niedrigen Niveau. Der Realzinsatz für Wohnungseigentum ist somit weiterhin negativ. Dies lässt darauf schließen, dass die Investitionen in Wohnbauten nach dem schwachen Winterhalbjahr wieder merklich expandieren werden. Insgesamt dürfte zwar das Vorjahresniveau in diesem Jahr nicht ganz erreicht werden (Rückgang um 0,5 Prozent), die im Prognosezeitraum aufwärts gerichtete Investitionstätigkeit dürfte sich im nächsten Jahr

mit einem Plus von gut 3 Prozent niederschlagen.

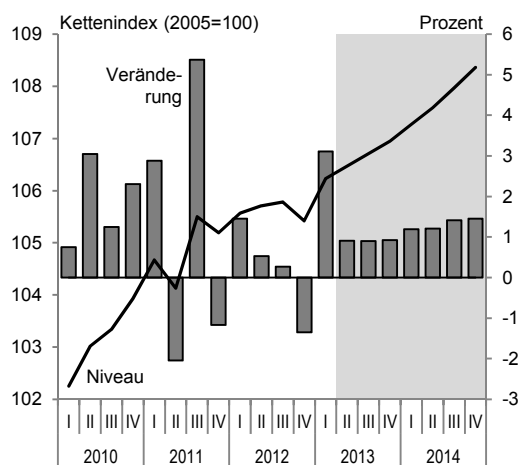
Der Wirtschaftsbau war – anders als die übrigen Bausparten – offenbar kaum durch Witterungseinflüsse beeinträchtigt. Er expandierte im ersten Quartal um fast 20 Prozent und reichte damit knapp an das Vorjahresniveau heran, nachdem die gewerblichen Bauinvestitionen drei Quartale in Folge merklich geschrumpft waren. Gemessen an den nominalen Auftragsbeständen ist zuletzt auch die Talfahrt im gewerblichen Tiefbau gestoppt worden. Seit über einem Jahr war in den ersten drei Monaten dieses Jahres erstmals wieder ein Anstieg zu verzeichnen, der mit 4 Prozent recht deutlich ausfiel. Im gewerblichen Hochbau schwollen die Auftragspolster weiter an, wenn auch nicht mehr ganz so dynamisch wie im Durchschnitt des Vorjahres. Ausweislich des BBSR-Expertenpanels Immobilienmarkt trägt derzeit maßgeblich die kräftige Aufwärtsentwicklung auf dem Markt für Logistikimmobilien die Konjunktur im Wirtschaftsbau. Demgegenüber schwächen sich die Auftriebskräfte aus dem Einzelhandelsmarkt ab, während die Büroimmobilienmärkte stagnieren. Alles in allem rechnen wir für dieses Jahr mit einem Anstieg der gewerblichen Bauinvestitionen um knapp 2 Prozent. Im nächsten Jahr dürften sie um 2,8 Prozent ausgeweitet werden.

Die öffentliche Bautätigkeit ist zu Beginn des Jahres regelrecht eingebrochen, was insbesondere Witterungseinflüssen geschuldet sein dürfte. Im Verlauf wird es infolge von Aufhol-effekten zu einer erheblichen Beschleunigung kommen. Zudem dürften Impulse von der Endphase des Kita-Ausbaus und einem Investitionsprogramm des Bundes ausgehen. Ferner ist damit zu rechnen, dass die durch das jüngste Hochwasser beschädigte öffentliche Infrastruktur wieder instandgesetzt wird, was wohl eine deutliche Ausweitung der öffentlichen Bautätigkeit bewirken wird. Die Beseitigung der Hochwasserschäden dürfte auch im kommenden Jahr zu einer lebhaften Tätigkeit im öffentlichen Bau führen.

Die *Konsumausgaben der privaten Haushalte* zogen im ersten Quartal kräftig um 3,1 Prozent an (Abbildung 19). Dem stand aller-

dings – zum wiederholten Male – eine spürbare Abwärtsrevision des Vorquartalswertes gegenüber. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum beträgt der Zuwachs in den ersten drei Monaten daher nur 0,6 Prozent. Maßgeblich für den Anstieg im ersten Quartal war, dass die Kaufkraft der privaten Haushalte zum ersten Mal seit einem Jahr gestiegen ist (saisonbereinigter Anstieg um 1,4 Prozent). Zudem ging die Sparquote abermals leicht zurück (Verringerung um 0,1 Prozentpunkte). Sie lag zuletzt bei 10 Prozent.

Abbildung 19:
Private Konsumausgaben 2010–2014



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau unterlegt: Prognose des IfW.

Die zu Beginn dieses Jahres in Kraft getretenen Abgabensenkungen bewirkten, dass die Nettolöhne in gleichem Umfang gestiegen sind wie die Bruttolöhne. Auch die Gewinneinkommen dürften durch diese Maßnahme entlastet worden sein. Dies hat sich deutlich in den Einzelhandelsumsätzen zu Beginn dieses Jahres nieder geschlagen und auch die Konsumausgaben der privaten Haushalte im ersten Quartal insgesamt beflügelt. Hinsichtlich der Verlaufsdynamik der konsumtiven Verwendung ist dies jedoch ein Einmaleffekt. Daher ist für die Entwicklung der privaten Konsumausgaben im Prognosezeitraum zunächst mit einer deutlich

ruhigeren Gangart zu rechnen. Dies deutet sich für das zweite Quartal bereits in einer sehr verhaltenen Entwicklung der Einzelhandelsumsätze an.

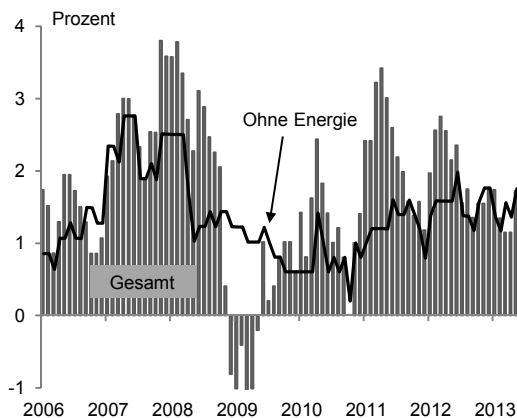
In diesem Jahr dürften die Nettolöhne kräftig um 3,7 Prozent expandieren und im nächsten Jahr um 3,4 Prozent zulegen. Die von den privaten Haushalten bezogenen Unternehmens- und Vermögenseinkommen werden wohl in diesem Jahr mit einem Zuwachs von 0,2 Prozent praktisch stagnieren und im nächsten Jahr mit 3 Prozent wieder kräftiger expandieren. Die monetären Sozialleistungen dürften in beiden Jahren etwa um 2 Prozent ausgeweitet werden. Damit erhöht sich das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte um 2,2 Prozent in diesem Jahr und 2,9 Prozent im nächsten Jahr. Dies entspricht einem Kaufkraftzuwachs um 0,6 Prozent (2013) bzw. 1 Prozent (2014).

Die Sparquote der privaten Haushalte ist seit dem Beginn der Weltfinanzkrise und der seitdem eingeleiteten Niedrigzinsphase rückläufig. Seit dem letzten Höchstwert von 11,7 Prozent im Frühjahr 2008 hat sie bis zuletzt um 1,7 Prozentpunkte nachgegeben. Damit geht fast die Hälfte des Anstiegs des privaten Verbrauchs in diesem Zeitraum auf die rückläufige Sparneigung zurück. Angesichts der im Prognosezeitraum voraussichtlich anhaltend expansiv ausgerichteten Geldpolitik und dem stark in zinsabhängigen Titeln verhafteten Anlageverhalten der privaten Haushalte ist aufgrund der Renditeentwicklung des Geldvermögens tendenziell mit einer weiterhin leicht rückläufigen Sparneigung der privaten Haushalte zu rechnen. Wir gehen für dieses Jahr mit einer Quote von knapp 10,2 Prozent und 10,1 Prozent im nächsten Jahr (nach 10,3 Prozent im Jahr 2012). Damit ergeben sich für die privaten Konsumausgaben Expansionsraten von 0,8 Prozent in diesem und 1,1 Prozent im nächsten Jahr.

Inflation nimmt allmählich zu

Nachdem der Preisauftrieb im Verlauf des ersten Quartals 2013 etwas abgenommen hatte, hat er sich im Sechsmontatsvergleich im Mai etwas beschleunigt, auf 1,7 Prozent (Abbildung 20). Im Vormonatsvergleich erhöhten sich die Preise sogar mit einer laufenden Jahresrate von 3,5 Prozent. Ausschlaggebend für den Anstieg war die anziehende Kerninflationsrate. Nachdem sie in den ersten Monaten des Jahres vor dem Hintergrund der Aufwertung des Euro stets unter 1,5 Prozent gelegen hatte, stieg sie im Mai auf 1,8 Prozent. Nicht zuletzt trug hier der starke Anstieg der Nahrungsmittelpreise zur Beschleunigung bei. Der Preisauftrieb seitens der Energiepreise blieb im April und Mai moderat.

Abbildung 20:
Verbraucherpreise 2006–2013



Monatsdaten, saisonbereinigt; Veränderung in den vergangenen sechs Monaten; Jahresrate.

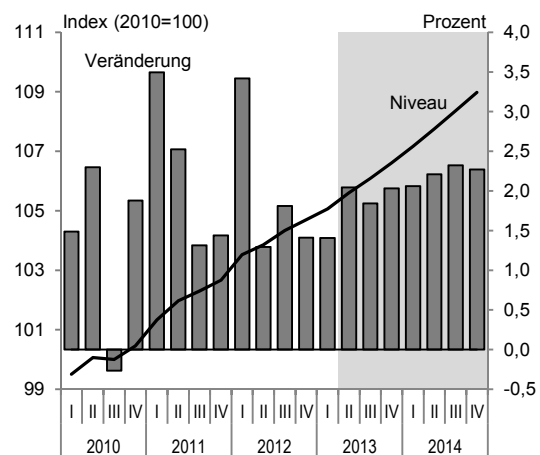
Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; eigene Berechnungen.

Die Inflationsrate betrug im Mai 1,5 Prozent. Der um Energieträger bereinigte Preisindex stieg im Vorjahresvergleich zuletzt um 1,8 Prozent. Dabei erhöhten sich die Preise für Nahrungsmittel deutlich überdurchschnittlich, mit einer Rate von 5,3 Prozent. Preisdämpfend wirkte hingegen der Rückgang des in Euro gerechneten Ölpreises. Im Vergleich zum ersten Quartal ging dieser im Mai um etwa 7,5 Prozent

zurück, was zu maßgeblich einer Stabilisierung der Preisdynamik bei Mineralölprodukten beigetragen hat. Dennoch verteuerten sich Gas, Strom und Wasser spürbar, was vor allem auf die zu Beginn des Jahres eingeführte Anhebung der EEG-Umlage zurückzuführen ist. Der Anstieg der Nettokaltmieten beschleunigte sich zuletzt leicht und betrug im Mai 1,3 Prozent im Vorjahresvergleich.

Im Verlauf dieses Jahres dürfte der Preisauftrieb von binnenwirtschaftlicher Seite weiter zunehmen. Die zunehmende Kapazitätsauslastung dürfte sich mehr und mehr in einem deutlicheren Anstieg der Güterpreise niederschlagen. Folglich wird auch wohl die Kerninflationsrate weiter anziehen. Für das Jahr 2013 erwarten wir einen Verbraucherpreisanstieg von 1,7 Prozent (Abbildung 21). Im Jahr 2014 werden die Preise angesichts der anziehenden Konjunktur wohl etwas stärker steigen. Mittelfristig dürfte die Wirkung der für Deutschland sehr expansiven Geldpolitik zunehmen. So werden sich die Inflationserwartungen, die bereits einen leicht steigenden Trend aufweisen, im Prognosezeitraum wohl weiter erhöhen. Für das Jahr 2014 rechnen wir mit einer Inflationsrate von 2,1 Prozent.

Abbildung 21:
Verbraucherpreise 2010–2014



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Steigende Beschäftigung bei hoher Zuwanderung

Der seit gut drei Jahren andauernde Beschäftigungsaufschwung setzte sich im ersten Quartal dieses Jahres fort. Die Beschäftigung legte sogar etwas stärker zu als im Vorquartal; die Zahl der Erwerbstätigen stieg um 90 000 und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 127 000 Personen. Die Zahl der Selbständigen ging hingegen um 26 000 zurück.⁶ Die Zahl der Arbeitslosen ist saisonbereinigt – mit Ausnahme eines Rückgangs im Januar – weiter gestiegen; im Mai waren knapp 3 Mill. Personen als arbeitslos registriert (Quote: 6,9 Prozent).

Das seit geraumer Zeit zu beobachtende Phänomen, bei dem die Arbeitslosigkeit bei steigender Erwerbstätigkeit nicht in demselben Maße sinkt oder sogar zunimmt, ist damit zu erklären, dass ein Teil der zusätzlichen Beschäftigung zum einen aus der Stillen Reserve (erhöhte Erwerbsbeteiligung insbesondere von Älteren und Frauen) und zum anderen aus einer steigenden Zuwanderung gespeist wird. Vom Anstieg der Beschäftigung im März gegenüber dem Vorjahr entfiel etwa 21 Prozent auf Staatsangehörige der acht osteuropäischen EU-Staaten („EU-8-Staaten“), für die seit zwei Jahren die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für Deutschland gilt (+73 500),⁷ etwa 9 Prozent auf Staatsangehörige aus Bulgarien und Rumänien (+27 100) sowie etwa 10 Prozent auf Staatsangehörige der von hoher und steigender Arbeitslosigkeit betroffenen Länder Griechenland, Italien, Portugal und Spanien (+34 400).⁸

Die Lohndynamik hat sich im Verlauf des vergangenen Jahres beschleunigt. Die Tarifverdienste je Stunde waren im ersten Quartal die-

ses Jahres um 2,9 Prozent höher als ein Jahr zuvor; im Durchschnitt des vergangenen Jahres betrug der Anstieg 2,5 Prozent. In einigen wichtigen Branchen sind seit Jahresbeginn Tarifverhandlungen zum Abschluss gekommen. Im öffentlichen Dienst (Länder) beispielsweise sind – auf das Kalenderjahr umgerechnet – Lohnsteigerungen für dieses und nächstes Jahr von 2,7 und 2,9 Prozent vorgesehen, in der Metall- und Elektroindustrie von 3,1 und 3,2 Prozent. Im Einzelhandel haben sich die Tarifpartner noch auf keinen neuen Tarifvertrag einigen können.

Effektiv sind die Stundenlöhne (Arbeitnehmerentgelt je Stunde) im ersten Quartal dieses Jahres mit 4,3 Prozent deutlich stärker gestiegen als die Tarifverdienste, was allerdings maßgeblich auf einen – auch kalenderbedingten – Rückgang der geleisteten Arbeitszeit je Arbeitnehmer zurückzuführen sein dürfte. Insgesamt rechnen wir für dieses und nächstes Jahr mit Lohnkostensteigerungen von 3,0 bzw. 3,1 Prozent, nach 3,0 Prozent im vergangenen Jahr. Die Lohnstückkosten dürften mit 2,2 bzw. 1,4 Prozent schwächer steigen als im Vorjahr (2,8 Prozent), da sich die Arbeitsproduktivität mit Belebung der Konjunktur erholen wird.

Die Frühindikatoren deuten für die kommenden Monate auf eine nachlassende Dynamik des Beschäftigungsaufbaus hin. Sowohl die Zahl der offenen Stellen als auch das ifo Beschäftigungsbarmeter sind in der Tendenz rückläufig, befinden sich allerdings immer noch auf recht hohem Niveau. Auch im weiteren Prognosezeitraum wird die Zahl der Erwerbstätigen gestützt durch die zunehmende konjunkturelle Dynamik in moderatem Tempo steigen (Abbildung 22). In diesem Jahr werden jahresdurchschnittlich 41,9 Mill. Personen erwerbstätig sein, rund 270 000 mehr als im Vorjahr, im nächsten Jahr dürften es 42,1 Mill. sein (Tabelle 4).

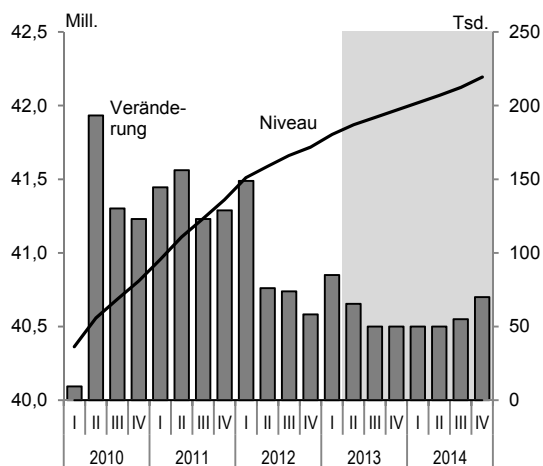
Inwiefern sich Veränderungen der Erwerbstätigkeit in Veränderungen der Arbeitslosigkeit niederschlagen, hängt von der Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials ab. Während die Alterung der heimischen Bevölkerung das Erwerbspersonenpotenzial reduziert, sorgen die steigende Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen und Älteren und vor allem die starke Zuwanderung derzeit für eine Erhöhung. Nach

⁶ Hierbei spielt auch eine Rolle, dass die Förderung der Selbständigkeit für Arbeitslosengeld-Empfänger seitens der Bundesagentur für Arbeit (sog. Gründungszuschuss) weiter zurückgefahren wurde. Die Zahl der geförderten Selbständigen liegt mittlerweile um 70 000 oder 81 Prozent unter dem Vorjahresniveau.

⁷ Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen.

⁸ Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2013).

Abbildung 22:
Erwerbstätige 2010–2014



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (Ifd. Jgg.); grau hinterlegt: Prognose des IfW.

vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes lag der Wanderungssaldo im vergangenen Jahr bei 370 000 Personen. Hiervon sind aus den EU-8-Staaten per saldo 115 000 Perso-

nen zugezogen, aus Bulgarien und Rumänien 70 000 und aus Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien knapp 70 000.

Wir rechnen damit, dass der Wanderungssaldo in diesem und im kommenden Jahr weiter zunehmen wird, da die Beschäftigungsaussichten auf dem deutschen Arbeitsmarkt im Vergleich zu denen auf den meisten anderen europäischen Arbeitsmärkten merklich günstiger bleiben dürften. Hinzu kommt, dass zum 1. Januar 2014 auch für Staatsangehörige aus Bulgarien und Rumänien die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für Deutschland gilt. Somit dürfte die Zuwanderung zusammen mit der steigenden Erwerbsbeteiligung von Älteren und Frauen die negativen Effekte der Demographie weiter überkompensieren. Alles in allem erwarten wir eine Zunahme des Erwerbspersonenpotenzials von 190 000 Personen in diesem und 240 000 im kommenden Jahr. Vor diesem Hintergrund dürfte die Zahl der Arbeitslosen im Prognosezeitraum weiter leicht steigen (Abbildung 23). Die Arbeitslosenquote verändert sich hingegen kaum, da die Bezugsgröße spürbar steigt.

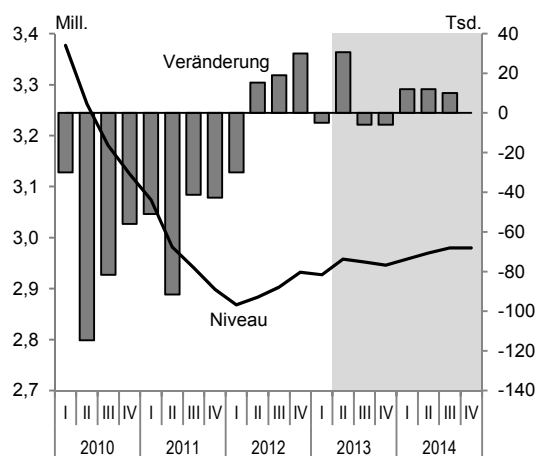
Tabelle 4:
Arbeitsmarkt 2010–2014 (1 000 Personen)

	2010	2011	2012	2013	2014
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	57 111	57 887	58 147	57 943	58 004
Erwerbstätige (Inland)	40 603	41 164	41 619	41 890	42 101
Selbständige	4 493	4 539	4 543	4 500	4 525
Arbeitnehmer (Inland)	36 110	36 625	37 076	37 391	37 576
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27 779	28 471	29 008	29 351	29 536
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 881	4 864	4 804	4 792	4 791
Pendlersaldo	37	48	53	52	53
Erwerbstätige (Inländer)	40 566	41 116	41 565	41 838	42 048
Arbeitnehmer (Inländer)	36 073	36 578	37 023	37 339	37 523
Registrierte Arbeitslose	3 238	2 976	2 897	2 946	2 972
Arbeitslosenquote (Prozent)	7,7	7,1	6,8	6,8	6,8
Erwerbslosenquote (Prozent)	6,8	5,8	5,3	5,2	5,2

Selbständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Beschäftigungsstatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 23:
Arbeitslose 2010–2014



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Brauchen wir höhere Steuern?

Angesichts eines gesamtstaatlich in etwa ausgeglichenen Haushalts und sinkender Bruttoschuldenstände wirkt die aktuelle Debatte um Steuererhöhungen zunächst abseitig. Doch muss berücksichtigt werden, dass ein Teil der jüngsten Konsolidierungserfolge, die zum Budgetausgleich führten, wohl auf vorübergehenden Phänomenen basiert (Boysen-Hogrefe 2013). Insbesondere das günstige Zinsniveau dürfte nicht von Dauer sein, so dass zukünftige zusätzliche Belastungen absehbar sind (Boysen-Hogrefe 2012). Zudem ist die Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte in einer Schieflage. Die Bruttoinvestitionen sind seit vielen Jahren nicht hinreichend, um die Abschreibungen auszugleichen (Boysen-Hogrefe et al. 2012: Kasten 3). Ein Teil der Konsolidierung besteht somit im Verzehr des öffentlichen Kapitalstocks, was sich insbesondere bei der Verkehrsinfrastruktur bemerkbar macht (Boysen-Hogrefe et al. 2013: Kasten 1). Schließlich weist Deutschland einen Bruttoschuldenstand auf, der deutlich über dem

im Maastricht-Vertrag genannten Referenzwert liegt.

Die Finanz- und Wirtschaftspolitik sollte sich diesen Herausforderungen stellen, aber zugleich für größtmögliche Kontinuität und ein wachstumsfreundliches Umfeld sorgen. Steuererhöhungen, vor allem wenn Einkommen besteuert wird und bereits ein hohes Abgabenniveau erreicht ist, können negative Auswirkungen auf das Wachstumspotential haben. Viele zusätzliche Ausgaben, die im Zusammenhang mit Steuererhöhungen diskutiert werden, können, wie Investitionen in Bildung und Infrastruktur, zwar durchaus positive Wachstumsimpulse liefern. Doch sollten alternative Finanzierungsmöglichkeiten, wie die stärkere Nutzerfinanzierung von Infrastruktur (Kooths 2013) oder Spielräume, die durch Subventionsabbau entstehen (Laaser und Rosenschon 2013), zuerst in Betracht gezogen werden, bevor die Steuer- und Abgabenquote zu diesem Zweck angehoben wird. Die qualitative Konsolidierung des Budgets sollte vorangetrieben und durch Ausgabendisziplin der Staatsverschuldung entgegengewirkt werden.

Ein Anstieg der Abgabenquote in den kommenden Jahren zeichnet sich ohnehin ab. So dürfte allein der Rentenbeitragsatz von aktuell 18,9 Prozent in wenigen Jahren auf knapp 21 Prozent steigen (BMAS 2012). Ebenso dürfte der demographische Wandel die Kranken- und Pflegeversicherung in Bedrängnis bringen, so dass auch hier trotz der aktuell guten finanziellen Lage in einigen Jahren mit höheren Beitragssätzen zu rechnen ist. Würden bereits im Vorfeld Steuern für neue Ausgaben erhöht, besteht die Gefahr, dass die Abgabenquote in wachstumshemmende Bereiche steigt. Daher wäre es zudem angezeigt, der kalten Progression durch eine Tarifindexierung entgegenzuwirken.⁹

Die hier skizzierte Ausrichtung der Finanzpolitik sollte sich auch dann nicht wesentlich ändern, wenn die deutsche Wirtschaft getrieben

⁹ Um unbeabsichtigte Fiskalimpulse zu vermeiden, sollte ferner eine Preisindexierung von Mengensteuersätzen in Betracht gezogen werden, um zugleich heimlichen Steuersenkungen zu begegnen (Boysen-Hogrefe et al. 2011: Kasten 2).

von der Geldpolitik der EZB in einen monetären Boom gerät. Allerdings käme in einer solchen Situation der Ausgabendisziplin eine noch bedeutendere Rolle zu, da in den Boomjahren die exakte Einhaltung der Schuldenbremse eine zu expansive Fiskalpolitik erlauben dürfte. Schließlich können Indikatoren wie der strukturelle Budgetsaldo die besonderen Umstände eines monetären Booms, insbesondere in Echtzeit, nur schwerlich abbilden.

Budgetsaldo schwankt um die Null

Im Jahr 2012 erreichte das gesamtstaatliche Budget einen Überschuss von rund 2 Mrd. Euro. Wegen einer leicht expansiven Finanzpolitik, zusätzlicher Ausgaben für die Fluthilfe und der konjunkturellen Abkühlung zum Jahreswechsel wird der Budgetsaldo 2013 ins Defizit rutschen. Da die gute Arbeitsmarktlage stützend wirkt und Einmaleffekte, die das Ergebnis im Jahr 2012 belastet haben, wegfallen, bleibt der Fehlbetrag aber moderat. Für das Jahr 2014 ist angesichts der konjunkturellen Erholung mit einem erneuten Überschuss zu rechnen.

Die Steuereinnahmen des Staates dürften im laufenden Jahr etwas verhaltender expandieren als im Jahr 2012. Zum einen dämpft die Anhebung des Grundfreibetrags den Zuwachs der Lohn- und Einkommensteuer und zum anderen dürfte sich die konjunkturelle Abschwächung bemerkbar machen. Positive, allerdings eher geringe Effekte auf das Steueraufkommen dürfte es durch eine gestiegene Anzahl von Selbstanzeigen infolge des gescheiterten Steuerabkommens mit der Schweiz geben. Nur moderat werden trotz der günstigen Beschäftigungsentwicklung die Beitragseinnahmen expandieren, da der Beitragssatz zur Rentenversicherung zum 1. Januar 2013 deutlich gesenkt wurde.

Die übrigen Einnahmen des Staates werden im laufenden Jahr anders als im Vorjahr zulegen. Zum Anstieg dürfte insbesondere die Aufstockung der zum Staat zählenden Ersten Abwicklungsanstalt (EAA) beitragen, die mit den – wenn auch zum Teil sehr unsicheren – Vermö-

genstiteln die daraus resultierenden Einkünfte übernommen hat. Zusätzliche Einnahmen entstehen dadurch, dass die KfW den zum Staat zählenden Energie- und Klimafonds mit über 300 Mill. Euro bezuschusst. Insgesamt dürften die Einnahmen des Staates bei 1 219,5 Mrd. Euro liegen (Tabelle 5).

Die Arbeitnehmerentgelte im öffentlichen Dienst werden unter anderem wegen des Tarifabschlusses auf Länderebene im laufenden Jahr eine höhere Dynamik entwickeln als im Jahr zuvor. Die Ausgaben für soziale Sachleistungen werden 2013 deutlich zulegen. Zum einen erhalten die Ärzte eine merkliche Honorarerhöhung von den gesetzlichen Krankenkassen und zum anderen wurde die Praxisgebühr abgeschafft. Beides verteuert die Bereitstellung von Gesundheitsdienstleistungen für die öffentlichen Haushalte spürbar. Ferner werden die Leistungen und damit die Ausgaben der gesetzlichen Pflegeversicherung ausgeweitet. Die Ausgaben für monetäre Sozialleistungen dürften eher moderat zunehmen, insbesondere weil zur Mitte des Jahres die Rentenanpassung in Westdeutschland erneut relativ gering sein wird.

Die öffentlichen Investitionen dürften im laufenden Jahr trotz des witterungsbedingten Einbruchs zu Beginn des Jahres merklich zulegen. Positive Impulse dürften durch die Schlussphase des Kita-Ausbaus und ein Investitionsprogramm des Bundes kommen. Zudem ist mit zusätzlichen Bauinvestitionen zur Beseitigung der Folgen des Hochwassers in Ost- und Süddeutschland zu rechnen.

Die Zinslast dürfte auch im laufenden Jahr weiter deutlich abnehmen. Maßgeblich ist das sehr niedrige Zinsniveau und die, abgesehen von der jüngsten Aufstockung der EAA, zügige Reduktion der Verbindlichkeiten der Bad Banks. Deutschland-Bonds, die die Zinslast der Länder mindern sollen, dürften kaum Einfluss nehmen, da sie, selbst wenn sie zur Finanzierung des Flut-Hilfsfonds aufgelegt werden, nur einen geringen Umfang ausmachen werden.

Die übrigen laufenden Transferzahlungen werden wohl auch infolge höherer Zuweisungen an die EU zulegen. Die Vermögenstransfers sinken im laufenden Jahr leicht, weil diese 2012 durch Einmaleffekte im Zuge der Abwicklung

Tabelle 5:

Einnahmen und Ausgaben des Staates 2011–2014 (Mrd. Euro)

	2011	2012	2013	2014
Einnahmen	1 154,9	1 193,6	1 219,5	1 252,6
Steuern	589,5	618,3	632,6	650,5
Sozialbeiträge	436,9	448,7	457,4	471,2
Sonstige Einnahmen	128,5	126,6	129,4	131,0
Ausgaben	1 174,5	1 191,3	1 220,3	1 249,6
Arbeitnehmerentgelt	199,7	203,5	209,4	215,8
Vorleistungen	126,4	131,1	137,2	140,8
Soziale Sachleistungen	207,8	213,7	224,0	232,4
Bruttoinvestitionen	42,7	40,8	42,5	45,9
Geleistete Vermögenseinkommen	65,9	63,5	60,7	59,7
Monetäre Sozialleistungen	425,4	430,8	439,5	447,9
Subventionen	26,9	24,8	24,9	24,6
Sonstige laufende Übertragungen	53,8	56,4	59,2	60,3
Vermögensübertragungen	27,2	28,0	24,3	23,6
Sonstige Ausgaben	-1,3	-1,3	-1,4	-1,4
Finanzierungssaldo	-19,7	2,4	-0,9	3,1
Einnahmen der Gebietskörperschaften	744,5	770,1	784,5	804,8
Ohne Transfers von der Sozialversicherung	738,7	765,2	782,2	803,1
Transfers der Sozialversicherung	5,9	4,9	1,7	1,7
Ausgaben der Gebietskörperschaften	780,1	786,0	789,7	804,8
Ohne Transfers an die Sozialversicherung	667,2	675,2	687,0	703,0
Transfers an die Sozialversicherung	112,9	110,8	102,8	101,8
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	-35,6	-15,9	-5,2	0,0
Einnahmen der Sozialversicherung	529,2	539,2	539,4	551,4
Ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	416,3	428,4	436,7	449,6
Ausgaben der Sozialversicherung	513,2	521,0	535,1	548,3
Ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	507,4	516,1	533,4	546,6
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	15,9	18,2	4,3	3,0

Abweichungen der Summen rundungsbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *interne Arbeitsunterlage*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

der WestLB überzeichnet waren und die Ausgaben für die Eigenheimzulage weiter rückläufig sind. Hinzukommt, dass Einmalzahlungen an den griechischen Staat entfallen. Zusätzliche Transfers zugunsten der Flutopfer wirken dem Rückgang aber entgegen. Höhere Ausgaben dürften ferner durch die Ausweitung der durch den Energie- und Klimafonds finanzierten Leistungen entstehen.

Insgesamt dürften sich die Ausgaben des Staates auf 1 220,3 Mrd. Euro belaufen. Der Budgetsaldo dürfte 2013 auf -0,9 Mrd. Euro sinken. In Vergleich zur Wirtschaftsleistung werden die Ausgaben moderat sinken und auch die Einnahmen etwas nachgeben (Tabelle 6).

Im Jahr 2014 werden angesichts der sich bessernden konjunkturellen Lage die Steuerein-

nahmen trotz der erneuten Anhebung des Grundfreibetrags der Lohn- und Einkommensteuer beschleunigt zunehmen. Allerdings rechnen wir im Bereich der Gewinnsteuern mit einer im Vergleich zur wirtschaftlichen Dynamik schwächeren Entwicklung, da in den Jahren zuvor diese Steuern deutlich überdurchschnittlich zulegten. Wir erwarten eine entsprechende Korrektur. Die Beitragseinnahmen werden angesichts der steigenden Lohnsumme bei vermutlich konstanten Beitragssätzen merklich anziehen. Die Vermögenseinkommen des Staates dürften sinken, da die Portfolios der „Bad Banks“ weiter abgebaut werden.

Die Arbeitnehmerentgelte im öffentlichen Dienst werden ähnlich stark zulegen wie im Jahr zuvor. Durch den anstehenden Tarifab-

Tabelle 6:

Ausgaben, Einnahmen und Budgetsaldo des Staates 2004–2014

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Ausgaben	47,1	46,9	45,3	43,5	44,1	48,2	47,7 ^a	45,3	45,1	44,8	44,1
Einnahmen	43,3	43,6	43,7	43,7	44,0	45,1	43,6	44,5	45,1	44,8	44,2
Steuern	21,3	21,6	22,3	23,2	23,3	23,2	22,2	22,9	23,5	23,4	23,1
Sozialbeiträge	18,1	17,9	17,3	16,5	16,5	17,3	16,9	16,9	17,0	16,8	16,6
Sonstige Einnahmen	3,6	3,9	3,7	3,7	3,8	4,4	4,3	4,8	4,6	4,6	4,5
<i>Nachrichtlich:</i>											
EU-Mittel	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Budgetsaldo	-3,8	-3,3	-1,7	0,2	-0,1	-3,1	-4,1	-0,8	0,1	0,0	0,1

Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in Relation zum Bruttoinlandsprodukt; Steuern einschließlich der Erbschaftsteuer, EU-Mittel: der Europäischen Union zustehende Steuern. Abweichungen der Summen rundungsbedingt. —
^aDie Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen (4,4 Mrd. Euro) sind als negative Ausgaben berücksichtigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.4*; Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.5*; Statistisches Bundesamt, *interne Arbeitsunterlage*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

schluss von Bund und Kommunen ist zwar mit einer Beschleunigung zu rechnen, zugleich sind aber dämpfende Effekte vom Personalabbau bei der Bundesagentur für Arbeit und der Bundeswehr zu erwarten. Die Ausgaben für soziale Sachleistungen werden durch den Wegfall von Einmaleffekten deutlich schwächer expandieren als im Jahr zuvor, während bei den monetären Sozialleistungen eine ähnlich starke Expansion wie im Vorjahr angelegt ist. Die arbeitsmarktbezogenen Ausgaben dürften zwar schwächer zulegen, aber Mitte des Jahres dürfte die Rentenanpassung wegen der hohen Lohndynamik deutlich höher ausfallen als im Jahr zuvor.

Die Dynamik der öffentlichen Investitionen wird wohl angesichts der relativ stabilen Kassenlage der Kommunen und weiterer Ersatzinvestitionen infolge des Hochwasserschäden deutlich expandieren.

Die Zinslast dürfte nur noch moderat sinken. Zwar werden langlaufende Titel wohl immer noch zu günstigeren Bedingungen ersetzt. Doch dürften die Differenzen der Kupons neuer und alter Anleihen z.B. bei 5-jähriger Laufzeit sinken, und im Bereich der kurzlaufenden Titel, die einen Großteil der jährlichen Neuemissionen ausmachen, dürfte bereits eine Gegenbewegung einsetzen, da anzunehmen ist, dass deren Zinsen im Verlauf der Jahre 2013 und 2014 anziehen. Die Zinslast dämpfen dürfte der anhaltende Abbau der Portfolios der Bad Banks. Insgesamt werden die Ausgaben auf 1 249,6 Mrd.

Euro zulegen und der Budgetsaldo 3,1 Mrd. Euro betragen.

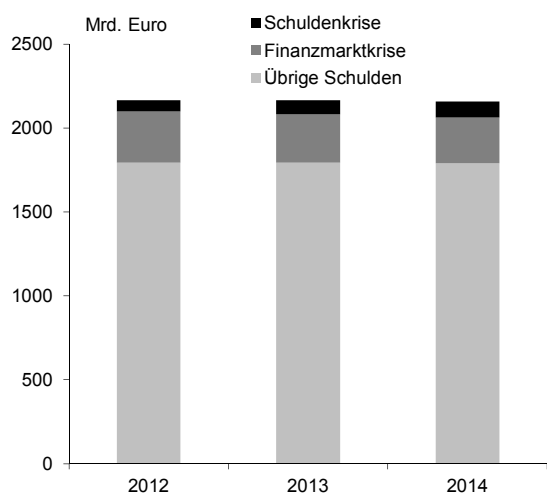
In beiden Jahren bestehen erhebliche Budgetrisiken, dass der Bund infolge eines Gerichtsurteils aus dem Herbst vergangenen Jahres, das allerdings inzwischen von einer höheren Instanz wieder an das Gericht zurückgewiesen wurde, empfangene Mautzahlungen rückerstatte muss. Diese Unsicherheit betrifft zudem das immer noch in der Schwebe befindliche Schiedsverfahren mit der Firma TollCollect, weil im Zuge der Rückerstattungen der Streitwert sinken dürfte. Weder mögliche Rückerstattungen noch mögliche Erträge aus dem Schiedsverfahren werden im vorliegenden Berechnungen berücksichtigt.

Der Bruttoschuldenstand dürfte im laufenden Jahr zwar absolut weiter zunehmen, relativ zum Bruttoinlandsprodukt dürfte er allerdings merklich abnehmen (79,8 Prozent nach 81,9 im Jahr 2012). Maßgeblich werden die erneut relativ geringe Nettoneuverschuldung sowie die sinkenden Belastungen durch die Bankenrettung sein. Die Maßnahmen im Zuge der Eurorettung, hier vor allem die erneute Einlage vom 8,7 Mrd. Euro in den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), werden den Schuldenstand zwar erhöhen, aber in einem geringeren Ausmaß als im Vorjahr, in dem es im Zuge des zweiten Griechenland-Pakets zu erheblichem Finanzbedarf der EFSF kam.

Im Jahr 2014 dürfte der Bruttoschuldenstand relativ zum Bruttoinlandsprodukt deutlich sin-

ken. Voraussichtlich werden sich die aus der Bankenrettung entstandenen Verbindlichkeiten weiter abbauen. Die Belastungen aus der Eurorettung für den Bruttoschuldenstand werden sich nur noch geringfügig erhöhen, da die Anpassungsprogramme, die vom EFSF abgewickelt werden, auslaufen und die letzte Tranche zur Kapitalisierung des ESM geringer ausfällt als die Tranchen in den beiden Jahren zuvor. Insgesamt rechnen wir mit einem Bruttoschuldenstand von 76,6 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Abbildung 24).

Abbildung 24:
Bruttoschuldenstand 2012–2014



Schuldenkrise: Verbindlichkeiten, die durch das erste Griechenlandpaket, die Einlagen im ESM und die über die EFSF abgewickelten Bürgschaften entstehen. Finanzmarktkrise: Verbindlichkeiten, die den Gebietskörperschaften durch die Bankenrettung entstehen: FMS-Wertmanagement, SoFFin, EAA, IKB etc.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; BMF, *interne Arbeitsunterlagen*; eigene Berechnungen und Prognosen.

Ausblick: Aufschwung lässt noch auf sich warten

Die Konjunktur in Deutschland dürfte im Verlauf dieses Jahres wieder etwas Fahrt aufnehmen. Dabei fällt die Zuwachsrate des Brutto-

inlandsprodukts im zweiten Quartal wegen des Aufholeffekts etwas höher aus als in der zweiten Hälfte des Jahres. Für die konjunkturelle Grundtendenz ist bedeutsam, dass die Impulse aus dem Ausland allmählich zunehmen, die Ausfuhren dürften nach dem Rückschlag im vergangenen Winterhalbjahr wieder zulegen (Tabelle 7). Auch die inländische Verwendung dürfte aufwärts gerichtet sein, nachdem sie im Verlauf des Jahres 2012 gesunken war. Insbesondere erwarten wir, dass die anhaltend niedrigen Zinsen die Nachfrage nach Wohnbauten antreiben werden. Auch für die Unternehmen sind die Finanzierungsbedingungen ausgesprochen günstig. Da sich die Absatzperspektiven im Ausland etwas aufhellen und im Verlauf dieses Jahres auch die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung wieder leicht zunehmen dürfte, werden die Unternehmen wohl wieder etwas mehr in Ausrüstungen investieren. Einem kräftigen Aufschwung der Investitionstätigkeit steht allerdings entgegen, dass die Unsicherheit nach wie vor recht hoch ist. Dies erschwert den Unternehmen die langfristige Planung. Die privaten Konsumausgaben dürften moderat steigen. So werden die verfügbaren Einkommen real gerechnet spürbar zunehmen; stützend wirkt dabei der robuste Arbeitsmarkt.

Für das Jahr 2013 insgesamt erwarten wir eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um 0,5 Prozent, nach 0,7 Prozent im Jahr 2012 (Tabelle 8). Dabei wird der Anstieg im Jahresverlauf mit einer Rate von 1,7 Prozent spürbar höher sein und etwa einen halben Prozentpunkt über der Wachstumsrate des Produktionspotenzials liegen. Im Jahresdurchschnitt wird der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion fast ausschließlich von der Zunahme der inländischen Verwendung getragen; hingegen gehen vom Außenhandel, anders als in den Vorjahren, rein rechnerisch kaum Impulse auf die Expansion aus (Abbildung 25). Die Inflationsrate dürfte mit 1,7 Prozent etwas niedriger sein als im Vorjahr. Das gesamtstaatliche Budget dürfte erneut annähernd ausgeglichen sein.

Bei der Prognose besteht eine Unsicherheit, die wir anhand von Konfidenzintervallen dargestellt haben. Die Spanne des 95-Prozent Kon-

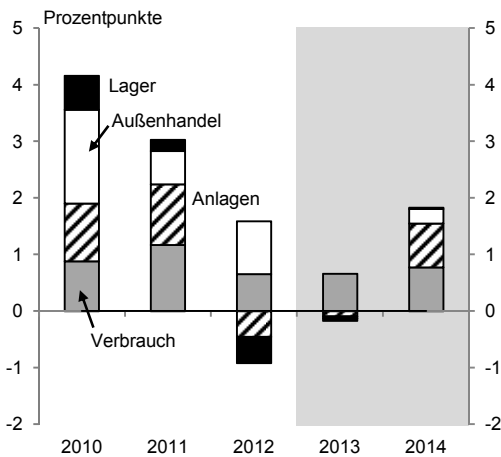
Tabelle 7:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2012–2014

	2012				2013				2014			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	2,5	0,7	0,9	-2,7	0,3	3,2	1,5	1,6	1,6	1,8	2,0	2,2
Private Konsumausgaben	1,5	0,5	0,3	-1,4	3,1	0,9	0,9	0,9	1,2	1,2	1,4	1,5
Konsumausgaben des Staates	2,1	-1,7	2,7	0,6	-0,6	3,3	0,8	1,7	-0,2	-0,5	2,3	1,9
Ausrüstungsinvestitionen	-4,5	-11,6	-8,6	-7,6	-2,5	0,9	3,2	4,3	7,0	7,2	8,9	9,9
Bauinvestitionen	-2,5	-5,4	2,2	-2,9	-8,1	14,6	6,2	4,3	2,5	1,6	1,5	1,5
Sonstige Anlagen	-4,2	4,1	6,1	6,0	-4,4	3,9	4,5	4,5	4,5	4,5	4,9	4,9
Vorratsveränderungen	-0,9	-0,3	-1,3	1,2	-0,6	0,4	-0,3	-0,5	0,0	0,4	-0,1	0,3
Inländische Verwendung	-0,2	-1,6	-1,0	-0,1	0,0	3,2	1,3	1,2	1,4	1,8	2,1	2,5
Ausfuhr	4,9	12,9	5,7	-9,3	-7,0	6,6	5,3	5,7	6,1	6,6	7,0	7,0
Einfuhr	-0,7	9,4	2,5	-5,1	-8,2	7,0	5,3	5,3	6,5	7,1	7,8	8,2
Außenbeitrag	2,7	2,1	1,8	-2,7	0,2	0,2	0,3	0,5	0,3	0,2	0,1	-0,1
Erwerbstätige, Inland	41 510	41 586	41 660	41 719	41 804	41 869	41 919	41 969	42 019	42 069	42 124	42 194
Arbeitslose	2 868	2 883	2 902	2 932	2 927	2 958	2 952	2 946	2 958	2 970	2 980	2 980

Preis-, kalender- und saisonbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent, Jahresrate; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: 1 000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 25:
Verwendungsseitige Expansionsbeiträge 2010–2014



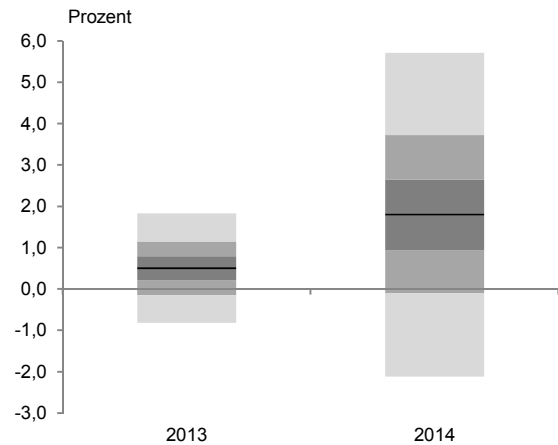
Jahresdaten, preisbereinigt (Lundberg-Komponenten).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

fidenzintervalls im Jahr 2013 reicht von -0,8 bis +1,8 Prozent (Abbildung 26).

Im Jahr 2014 dürfte sich die konjunkturelle Expansion etwas beschleunigen, sofern neue Störungen durch die Krise im Euroraum aus-

Abbildung 26:
Prognoseintervalle für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts 2013 und 2014



Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; prognostizierter Anstieg (Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Konfidenzniveaus von 33, 66 und 95 Prozent (basierend auf Prognosefehlern des Instituts für Weltwirtschaft jeweils im zweiten Quartal der Jahre 1994–2011).

Quelle: Eigene Berechnungen.

bleiben. Die günstigen monetären Rahmenbedingungen dürften dann mehr und mehr zum Tragen kommen, zudem dürfte die Rezession im

Deutschland: Konjunktur fängt sich

Tabelle 8:

Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2011–2014

	2012	2011	2012	2013	2014
	Mrd. Euro	Vorjahresveränderung in Prozent			
Aufkommen und Verwendung in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		3,0	0,7	0,5	1,8
Private Konsumausgaben		1,7	0,8	0,8	1,1
Konsumausgaben des Staates		1,0	1,2	1,0	0,9
Anlageinvestitionen		6,2	-2,5	-0,5	4,5
Ausrüstungsinvestitionen		7,0	-4,8	-3,1	5,9
Bauinvestitionen		5,8	-1,5	0,9	3,6
Sonstige Anlagen		3,9	3,1	2,5	4,5
Vorratsveränderung		0,2	-0,5	0,0	0,0
Inländische Verwendung		2,6	-0,3	0,6	1,7
Ausfuhr		7,8	3,8	-0,1	6,3
Einfuhr		7,4	2,2	-0,1	6,6
Außenbeitrag		0,6	0,9	0,0	0,3
Aufkommen und Verwendung in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	2 644,2	3,9	2,0	3,0	4,0
Private Konsumausgaben	1 523,7	3,8	2,4	2,4	3,0
Konsumausgaben des Staates	515,2	2,5	3,1	4,2	3,1
Anlageinvestitionen	464,6	7,9	-1,1	0,7	6,2
Ausrüstungsinvestitionen	175,0	7,3	-4,5	-3,0	6,1
Bauinvestitionen	260,4	9,0	0,9	3,0	6,5
Sonstige Anlagen	29,2	3,3	2,4	1,8	3,7
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)		3,7	-8,5	-9,9	-9,7
Inländische Verwendung	2 494,9	4,4	1,4	2,4	3,6
Ausfuhr	1 364,7	10,9	4,9	-0,5	6,6
Einfuhr	1 215,3	13,0	3,9	-2,2	6,1
Außenbeitrag (Mrd. Euro)		131,7	149,3	169,1	186,2
Bruttonationaleinkommen	2 707,9	3,7	2,5	3,1	4,0
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		0,8	1,3	2,5	2,2
Private Konsumausgaben		2,1	1,7	1,6	1,9
Konsumausgaben des Staates		1,5	1,9	3,2	2,2
Ausrüstungsinvestitionen		0,3	0,3	0,1	0,2
Bauinvestitionen		3,0	2,4	2,1	2,8
Sonstige Anlagen		-0,7	-0,7	-0,7	-0,8
Ausfuhr		2,8	1,0	-0,4	0,3
Einfuhr		5,2	1,7	-2,1	-0,4
<i>Nachrichtlich:</i> Verbraucherpreise		2,1	2,0	1,7	2,1
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2 035,1	3,4	2,5	3,4	4,8
Arbeitnehmerentgelt	1 377,6	4,5	3,7	3,1	3,3
in Prozent des Volkseinkommens (Lohnquote)		66,9	67,7	67,5	66,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	657,4	1,3	0,1	4,0	7,9
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	1 668,2	3,2	2,3	2,2	2,9
Sparquote (Prozent)		10,4	10,3	10,2	10,1
Effektivlohn, Stundenbasis		3,3	3,3	3,2	3,3
Lohnstückkosten, Stundenbasis		1,2	2,8	2,2	1,4
Produktivität, Stundenbasis		1,6	0,2	0,8	1,7
Arbeitslose (1 000)		2 976	2 897	2 946	2 972
Arbeitslosenquote (Prozent)		7,1	6,8	6,8	6,8
Erwerbstätige, Inlandskonzept (1 000)		41 164	41 619	41 890	42 101
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		-19,7	2,4	-0,9	3,1
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)		-0,8	0,1	0,0	0,1
Öffentliche Schulden (Prozent)		80,6	81,9	79,8	76,6

Vorratsveränderung, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

übrigen Euroraum allmählich überwunden werden. Dann werden wohl auch die Unternehmensinvestitionen wieder kräftiger anziehen. Ferner werden die Wohnungsbauinvestitionen angeregt durch niedrige Zinsen, aber auch die Flucht in Sachwerte dürfte ein Motiv für die Investoren sein. Mit der anziehenden Konjunktur wird sich auch die Lage am Arbeitsmarkt verbessern, die Beschäftigung dürfte in moderatem Tempo zunehmen. Gleichwohl wird die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt geringfügig höher sein als im Vorjahr. Nicht zuletzt der anhaltende Kostendruck und die Zunahme der Kapazitätsauslastung werden dazu beitragen, dass sich der Preisauftrieb verstärkt. Die Inflationsrate dürfte 2014 bei 2,1 Prozent liegen und damit höher sein als im übrigen Euroraum.

Neben der üblichen Unsicherheit bezüglich der Prognose sind die Abwärtsrisiken für die Konjunktur nach wie vor hoch. Sie resultieren zum einen aus der Krise im Euroraum. Sollte sich zeigen, dass nach dem Eingreifen der EZB und den Beschlüssen, den Problemländern mehr Zeit für die Haushaltskonsolidierung zu geben, die Bemühungen hinsichtlich der Finanzpolitik und der Strukturreformen nachlassen, könnten an den Finanzmärkten neue Turbulenzen ausgelöst werden. Solche Störungen haben bereits in den vergangenen Jahren wiederholt zu einem Rückschlag für die Konjunktur geführt. Zum anderen scheint die expansive Politik der großen Notenbanken inzwischen einen Punkt erreicht zu haben, bei dem zunehmend Zweifel aufkommen, ob die Konjunktur auf diese Weise nennenswert angeregt werden kann. Vielmehr besteht die Gefahr, dass die Erwartungen der Anleger umschlagen und die inflationären Risiken der Politik stärker wahrgenommen werden. Dies könnte zu einem kräftigen Zinsanstieg in vielen Ländern führen, der sich dann negativ auf die Konjunktur auswirken würde.

Exkurs: Zur aktuellen Mindestlohn-debatte

Erstmals gehen alle im Bundestag vertretenen Parteien in Deutschland mit Forderungen in den Wahlkampf, einen Mindestlohn einzuführen. SPD, Bündnis90/Die Grünen und Die Linke setzen sich für einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn ein. Bei SPD und Grünen soll er 8,50 Euro betragen, bei der Linken soll er zunächst bei 10 Euro liegen und bis auf 12 Euro bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode steigen. CDU/CSU und FDP lehnen einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn ab. Nach den Vorstellungen von CDU/CSU soll allerdings eine von den Tarifpartnern besetzte Kommission Lohnuntergrenzen in Branchen und Regionen festsetzen können, in denen es keine Tarifverträge gibt. Die FDP schlägt hingegen die Möglichkeit einer Ausweitung der bestehenden Mindestlohnregelungen auf andere Branchen durch die Tarifpartner vor. Mindestlöhne bestehen derzeit in den Branchen Abfallwirtschaft, Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen, Baugewerbe, Bergbau-Spezialgesellschaften, Dachdeckerhandwerk, Elektrohandwerk, Gebäudereinigung, Maler- und Lackierhandwerk, Pflegebranche, Sicherheitsdienstleistungen, Wäschereien sowie Zeitarbeit und liegen je nach Branche und Region zwischen 7 und 13,70 Euro je Stunde.¹⁰

Ein flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro, wie er beispielsweise von SPD und Grünen gefordert wird, hätte eine hohe Eingriffsintensität. Rund 20 Prozent der abhängig Beschäftigten in Deutschland verdienen weniger als 8,50 Euro je Stunde und würden daher von einem solchen Mindestlohn unmittelbar betroffen sein.¹¹ Zum Vergleich: In Frankreich

¹⁰ Der von den Tarifpartnern vereinbarte und ab 1. August 2013 gültige Mindestlohn im Friseurhandwerk ist nicht für die gesamte Branche bindend, sondern gilt nur für ver.di-Mitglieder, die in Innungsbetrieben arbeiten. Ver.di hat allerdings angekündigt, beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales einen Antrag auf Allgemeinverbindlichkeit zu stellen.

¹¹Heumer et al. (2013), Stand 2011, auf Basis des SOEP.

erhalten 13 Prozent und im Vereinigten Königreich knapp 5 Prozent einen Mindestlohn. Auch wäre der Mindestlohn relativ zum Medianlohn (sog. Kaitz-Index) mit 58 Prozent sehr hoch. Deutschland stünde im Vergleich der OECD-Staaten hinter der Türkei (71 Prozent), Frankreich (60 Prozent) und Neuseeland (59 Prozent) an vierter Stelle; im Vereinigten Königreich beträgt der Mindestlohn 47 Prozent des Medianlohns und in den USA nur 38 Prozent.¹² Es ist allerdings zu betonen, dass die hier für Deutschland genannten hypothetischen Werte mit den tatsächlichen Werten aus Ländern mit Mindestlöhnen nur unter der Annahme vergleichbar sind, dass es nach Einführung des Mindestlohns zu keinen Beschäftigungseffekten in Deutschland kommt. Würde die Beschäftigung der vom Mindestlohn betroffenen Arbeitnehmer sinken, würden der Anteil der betroffenen Arbeitnehmer und der Kaitz-Index sinken.

Zu den Beschäftigungseffekten von Mindestlöhnen liegt mittlerweile eine sehr umfangreiche Literatur vor.¹³ Bis Mitte der 1990er Jahre herrschte – gestützt überwiegend durch Zeitreihenmethoden – ein relativ robuster Konsens, dass die Einführung von Mindestlöhnen mit negativen Beschäftigungseffekten einhergeht. Der Konsens endete allerdings, nachdem Card und Krueger (1995) in einer Reihe von Studien keine oder sogar positive Beschäftigungseffekte von Mindestloohnerhöhungen in den USA präsentiert hatten. Im Gegensatz zur bis dahin etablierten Literatur basierten diese Ergebnisse auf natürlichen Experimenten, in denen die Gruppe von vom Mindestlohn betroffenen Personen mit einer Kontrollgruppe verglichen wird (sog. Differenzen-von-Differenzen-Ansatz). Darüber hinaus erhoben die Autoren erhebliche Zweifel an der Validität der Ergebnisse der etablierten empirischen Literatur. Für die meisten der in Deutschland von Mindestlohnregelungen betroffenen Branchen wurden ebenfalls basierend auf dem Differenzen-in-Differenzen-Ansatz keine negativen signifikanten Beschäftigungseffekte gefunden (Bosch und Weinkopf 2012).

Die bis dato etablierte Literatur reagierte auf Card und Krueger, indem sie deren Validität der Ergebnisse ebenfalls in Frage stellte; so wären z.B. die Voraussetzungen für ein natürliches Experiment nicht gegeben, insbesondere weil die Kontrollgruppen ungeeignet gewesen wären, längerfristige Effekte oder Ankündigungseffekte wären nicht erfasst worden und das Design der Unternehmensbefragungen wäre nicht geeignet gewesen. Ähnliche Kritik haben jüngst Neumark, Salas und Wascher (2013) auch an den neueren empirischen Untersuchungen geübt; den Autoren zufolge deute die Gesamtheit der empirischen Studien auf negative Beschäftigungseffekte hin.

Da offensichtlich kein Konsens in der empirischen Literatur zu den Beschäftigungswirkungen von Mindestlöhnen besteht, sollen im Folgenden weitergehende theoretische Überlegungen angestellt werden. Dem neoklassischen Ansatz, demzufolge ein Mindestlohn mit negativen Beschäftigungseffekten einhergeht, werden die gängigsten Theorien, nach denen keine negativen oder sogar positive Beschäftigungseffekte zu erwarten sind, gegenübergestellt.

Herrscht auf dem Arbeitsmarkt Wettbewerb, so dass einzelne Unternehmen dort als Nachfrager keine Marktmacht besitzen, dann passt ein gewinnmaximierendes Unternehmen seine Beschäftigung so an, dass das Wertgrenzprodukt der Arbeit dem vorherrschenden Marktlohn entspricht. Denn dann entspricht der Stundenlohn genau dem, was der Arbeitnehmer dem Unternehmen in einer zusätzlichen Stunde erwirtschaftet. Die Einführung eines Mindestlohns oberhalb dieses Lohnsatzes führt unzweideutig zu einem Rückgang der Arbeitsnachfrage und somit zu einem Rückgang der Beschäftigung. Dabei werden genau diejenigen Arbeitskräfte weniger nachgefragt, die von einem Mindestlohn begünstigt werden sollen.

Die Gegenüberstellung von Wertgrenzprodukt und Faktorpreis liegt als universelles Prinzip der Entscheidung über den Einsatz von Produktionsfaktoren in einer Marktwirtschaft zugrunde. In diesem Prinzip kommt zum Ausdruck, dass sich die Wertschätzung eines Mittels (z.B. dem Arbeitseinsatz einer bestimmten Qualifikation) davon ableitet, welchen Beitrag

¹² OECD-Datenbank, Stand 2011.

¹³ Leonard (2000) und ausführlicher Neumark und Wascher (2007).

dieser Faktor zum Produktionsergebnis leistet und zu welchem Preis dieses Produktionsergebnis am Markt verkauft werden kann. Damit wird letztlich die Entlohnung jeder Faktorleistung auf die Wertschätzung der Konsumenten zurückgeführt. Die Einschätzung darüber, welcher wertmäßige Produktionsbeitrag einem Arbeitnehmer im Gesamtgefüge eines Unternehmens zugerechnet werden kann, ist keineswegs trivial und muss kontinuierlich durch die Marktakteure austariert werden. Hierzu müssen sie sich ständig neu an sich ändernde Knappheitsverhältnisse herantasten. Das Zurechnungs- und Preisfindungsproblem dürfte jedoch gerade für einfache Qualifikationen leichter fallen als für hochspezialisierte Fachkräfte.

Für eine systematische Abweichung des Marktlohns vom Wertgrenzprodukt und den daraus resultierenden positiven Beschäftigungseffekten von Mindestlöhnen wird aus theoretischer Sicht vor allem das Vorhandensein von Marktmacht der Arbeitgeber, auf die Suchintensität von Arbeitslosen sowie auf die Effizienzlohnhypothese verwiesen.

Verfügt ein Unternehmen auf dem Arbeitsmarkt über Marktmacht, weil es der einzige (=Monopson) oder einer von wenigen (=monopsonistische Konkurrenz) Nachfragern nach Arbeitskräften ist, dann gilt zwar weiterhin das Gewinnmaximierungskalkül, die Arbeitsnachfrage solange auszuweiten, solange das Wertgrenzprodukt eines weiteren Arbeitnehmers über dem (Grenz-) Lohnsatz liegt. Anders als im Wettbewerbsfall beeinflusst das Unternehmen jedoch mit seiner Arbeitsnachfrage auch fühlbar den Marktlohn (was es als Mengenanpasser auf einem wettbewerblichen Arbeitsmarkt nicht könnte, weil dort der Grenzlohnsatz aus Sicht des Unternehmens gegeben ist). Im Ergebnis liegt daher sowohl der Marktlohn als auch die Arbeitsnachfrage unterhalb des Niveaus, das sich bei Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt einstellen würde. In einer solchen Konstellation würde die Einführung eines Mindestlohns, der eine gewisse Höhe nicht übersteigt, die Beschäftigung sogar erhöhen (Varian 2011: Kap. 26.2). Ab einer bestimmten Höhe des Mindestlohns würde es aber auch unter solchen Bedingungen zu negativen Beschäftigungs-

effekten kommen. Damit monopsonähnliche Marktstrukturen bestehen können, müssen gleichzeitig hohe Marktzutrittsbarrieren für Unternehmen und hohe Mobilitätshemmnisse für Arbeitskräfte vorherrschen. Darüber hinaus verfügen Unternehmen über Marktmacht, wenn sie als Kartell Lohnabsprachen vereinbaren.

Zwar wird zu Recht beklagt, dass Arbeitgeber mit Marktmacht Löhne zahlen, die unterhalb des Wertgrenzprodukts der Arbeit liegen. Aus ordnungspolitischer Sicht liegt die ursachenadäquate Lösung dieses Problems allerdings in der Beseitigung der Ursachen der Marktmacht. Beispielsweise müssten Markteintrittsbarrieren für Unternehmen und Mobilitätshemmnisse für Arbeitnehmer gesenkt werden, oder kartellähnliche Lohnabsprachen effektiv bekämpft werden. Die erfolgreiche Reduzierung der Marktmacht der Arbeitgeber würde im Ergebnis nicht nur zu einer höheren Entlohnung (nämlich entsprechend des Wertgrenzprodukts), sondern auch zu einer höheren Beschäftigung der betroffenen Personen führen.

Positive Beschäftigungseffekte von Mindestlöhnen sind des Weiteren theoretisch denkbar, wenn die Intensität der Arbeitsplatzsuche und die Annahmewahrscheinlichkeit von Arbeitsangeboten seitens der Arbeitslosen umso höher ist, je höher die Differenz zwischen dem gezahlten Lohn nach erfolgreicher Arbeitsplatzsuche und dem Arbeitslosengeld ist (Cahuc und Zylberberg 2004: Kapitel 12.1). Die Einführung eines Mindestlohns könnte dann zu mehr Beschäftigung führen, wenn der Anstieg der Suchintensität und der Annahmewahrscheinlichkeit von Arbeitsangeboten seitens der Arbeitslosen aufgrund des höheren Mindestlohns größer ausfällt als der Rückgang der Zahl der offenen Stellen aufgrund der höheren Lohnkosten. Der Beschäftigungsanstieg resultiert demnach aus einer Reduzierung von freiwilliger Arbeitslosigkeit.¹⁴

¹⁴ Würde man die Differenz zwischen Lohnsatz und Arbeitslosengeld statt über eine Erhöhung des Lohnsatzes über eine Absenkung des Arbeitslosengelds vergrößern, würde sich das Arbeitsangebot um das gleiche Ausmaß erhöhen, ohne aber zu einem Rückgang der Arbeitsnachfrage zu führen. Der positive Beschäftigungseffekt wäre demnach größer als bei Einführung eines Mindestlohns.

Von den Befürwortern von Mindestlöhnen werden schließlich auch Effizienzlohntheorien herangezogen, wonach ein positiver Zusammenhang zwischen dem Lohnsatz und der Arbeitsproduktivität angenommen wird.¹⁵ Dann sei es sogar denkbar, so die Befürworter, dass die Einführung eines Mindestlohns zu einer Zunahme der Arbeitsnachfrage führt, da der höhere Lohn durch eine höhere Arbeitsproduktivität überkompensiert wird. Diese Argumentation setzt aber implizit als Annahmen voraus, dass die Unternehmen entweder nicht gewinnmaximierend sind oder den positiven Zusammenhang zwischen Lohnsatz und Arbeitsproduktivität nicht selbst erkannt haben (Leonard 2000). Geht man stattdessen davon aus, dass die Unternehmen diesen Zusammenhang kennen und bereits den gewinnmaximierenden Lohnsatz gewählt haben, dann würde auch hier ein höherer Mindestlohn negative Beschäftigungseffekte mit sich bringen.

Damit ein flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn keinen Rückgang der Beschäftigung der betroffenen Arbeitnehmer zur Folge hat, müsste also argumentiert werden, dass in ausnahmslos allen Branchen und Regionen in Deutschland mindestens einer der beschriebenen, sehr speziellen Bedingungen vorherrscht. Dies erscheint mehr als unwahrscheinlich. Selbst wenn man einen Mindestlohn nur in Branchen und Regionen einführen wollte, auf die jene Umstände zutreffen, so wären die Informationsanforderungen enorm und die Unsicherheit bezüglich der Messung der entsprechenden Tatbestände hoch. Die Gefahr wäre daher groß, dass ungewollt negative Beschäftigungseffekte an irgendeiner Stelle des Marktes eintreten.

Gegen die Einführung von Mindestlöhnen spricht insbesondere, dass – selbst in dem unwahrscheinlichen Fall, in dem keinerlei negative Beschäftigungseffekte auftreten – das allgemeine Armutsrisiko kaum nennenswert reduziert würde. Nur knapp ein Fünftel aller Arbeitnehmer, die einen Bruttostundenlohn von unter 8,50 Euro verdienen, sind tatsächlich armuts-

gefährdet.¹⁶ Oft leben Niedrigverdiener in Haushalten mit Personen mit höherem Arbeits-einkommen; so sind lediglich die Hälfte der Arbeitnehmer mit einem Stundenverdienst von unter 8,50 Euro auch Hauptverdiener des jeweiligen Haushalts. Der mit Abstand wichtigste Grund für Einkommensarmut besteht hingegen in der Arbeitslosigkeit. Den meisten von Armut gefährdeten Personen wäre durch Einführung eines Mindestlohns demnach nicht geholfen. Fielen aufgrund des Mindestlohns Stellen im Niedriglohnbereich weg, würden sich die Beschäftigungschancen und damit die Wahrscheinlichkeit, aus der Armut aufzusteigen, sogar verringern. Da der Einkommensstatus eines Haushaltes maßgeblich von der Anzahl der zu versorgenden Haushaltsmitglieder abhängt, ist ein Mindestlohn als sozialpolitischer Eingriff als wenig treffsicher einzustufen.

Kaufkraftmotivierte Argumente sollten bei der Mindestlohnfrage gänzlich außen vor bleiben, weil die gesamtwirtschaftliche Kaufkraft durch eine Lohnuntergrenze nicht erhöht, sondern allenfalls nur verlagert werden kann. Nimmt man den aus Sicht der Befürworter von Mindestlöhnen günstigsten (wenn auch sehr unwahrscheinlichen) Fall an, dass die Nachfrage nach den von Mindestlohnbeziehern produzierten Gütern extrem preisunelastisch ist, so würden diese Güter im Umfang der Lohnerhöhung im Preis steigen. Damit blieben das Verhältnis des Wertgrenzprodukts der durch die Mindestlöhne begünstigten Arbeitnehmer zu ihren Löhnen und damit ihr Beschäftigungsniveau unverändert. Sämtliche Konsumenten müssten dann jedoch einen höheren Teil ihres verfügbaren Einkommens für die von Mindestlohnbeziehern produzierten Güter verausgaben, so dass für andere Käufe nur noch ein entsprechend geringeres Budget zur Verfügung stünde. Dies hätte dann entweder Preis- und Lohnsenkungen oder Arbeitslosigkeit auf Drittmärkten zur Folge. Die gesamtwirtschaftlichen Konsumausgaben blieben dann günstigenfalls unverändert.

¹⁵ Für einen Überblick über Effizienzlohntheorien siehe Franz (2006: Kapitel 8.5).

¹⁶ Heumer et al. (2013). Als armutsgefährdet gilt, wer ein Nettoäquivalenzeinkommen von weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens bezieht.

Werden Arbeitnehmer entsprechend ihres Wertgrenzprodukts entlohnt, und liegt dieses Wertgrenzprodukt und damit der Lohn auf einem Niveau unterhalb des soziokulturellen Existenzminimums, dann sollte eine langfristige Lösung in einer Erhöhung des Wertgrenzprodukts der Arbeitnehmer bestehen, z.B. durch Reduzierung der Zahl der Personen ohne Schul-

und Berufsausbildung oder durch Qualitätsverbesserungen im Bildungssystem. Als Übergangslösung bietet sich eine staatliche Ergänzung des Arbeitseinkommens an; Mitnahmeeffekte können bei diesem Instrument allerdings nicht ausgeschlossen und müssten daher in Kauf genommen werden.

Literatur

- BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) (2013). Der Markt für Wohn- und Gewerbeimmobilien in Deutschland – Ergebnisse des BBSR-Expertenpanel Immobilienmarkt 11/2013. Bonn.
- BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) (2012). *Rentenversicherungsbericht 2012*. Berlin.
- Bosch, G., und C. Weinkopf (2012). Wirkungen der Mindestlohnregelungen in acht Branchen. Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. WISO-Diskurs, November.
- Boysen-Hogrefe, J. (2012). Die Zinslast des Bundes in der Schuldenkrise: Wie lukrativ ist der „sichere Hafen“? *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 13 (Special Issue): 81–91.
- Boysen-Hogrefe, J. (2013). Wie der Staat 2010 bis 2012 konsolidiert hat. Kiel Policy Brief 62. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boysen-Hogrefe, J., D. Groll, N. Jannsen, S. Kooths, B. van Roye und J. Scheide (2011). Deutsche Wirtschaft am Rande einer Rezession. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Deutsche Konjunktur im Herbst 2011. Kieler Diskussionsbeiträge 496/497. IfW, Kiel.
- Boysen-Hogrefe, J., D. Groll, N. Jannsen, S. Kooths, B. van Roye und J. Scheide (2012). Deutschland: Ausgeprägte Konjunkturschwäche. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Winter 2012. Kieler Diskussionsbeiträge 514/515. IfW, Kiel.
- Boysen-Hogrefe, J., D. Groll, N. Jannsen, S. Kooths, B. van Roye und J. Scheide (2013a). Deutschland: Konjunktur erholt sich nur langsam. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Deutsche Konjunktur im Frühjahr 2013. Kieler Diskussionsbeiträge 520/521. IfW, Kiel.
- Boysen-Hogrefe, J., K.-J. Gern, N. Jannsen, M. Plödt, B. van Roye, J. Scheide und T. Schwarzmüller (2013b). Weltkonjunktur kommt nur allmählich in Schwung. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Sommer 2013. Kieler Diskussionsbeiträge 524/525. IfW, Kiel.
- Boysen-Hogrefe, J., N. Jannsen, K.-J. Gern, D. Groll, M. Kappler, S. Kooths, A. Sachs und J. Scheide (2013c). Mittelfristprojektion für Deutschland: Hochkonjunktur bei mäßigem Potenzialwachstum. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Deutsche Konjunktur im Frühjahr 2013. Kieler Diskussionsbeiträge 520/521. IfW, Kiel.
- Bundesagentur für Arbeit (2013). Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der EU-Schuldenkrise auf den deutschen Arbeitsmarkt. Hintergrundinformation, Berichtsmonat März 2013. Nürnberg, Mai.
- Cahuc, P., und A. Zylberberg (2004). *Labor Economics*. MIT Press, Cambridge und London.
- Card, D. und A. Krueger (1995). *Myth and measurement: The new economics of the minimum wage*. Princeton University Press, Princeton.

- Deutscher Bundestag (2003). Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Kalb, Ramsauer, Hasselfeldt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU. *Bundestagsdrucksache 15/661*, vom 17. März 2003.
- Dovern, J., und B. van Roye (2013). International Transmission of Financial Stress: Evidence from a GVAR. Kiel Working Paper 1444. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- EZB (Europäische Zentralbank) (2013). Eurosystem Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area. Via Internet (11. Juni 2013) <http://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/eurosystem_staffprojections201306en.pdf>.
- Franz, W. (2006). *Arbeitsmarktökonomik*. 6. Auflage. Springer Verlag, Berlin.
- Handelsblatt* (2013). Flut kostet bis zu zwölf Milliarden Euro. Via Internet (11. Juni 2013) <<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/versicherungen/fitch-warnt-vor-folgen-flut-kostet-bis-zu-zwoelf-milliarden-euro/8332082.html>>.
- Heumer, M., H. Lesch und C. Schröder (2013). Mindestlohn, Einkommensverteilung und Armutsrisiko. *IW-Trends 1/2013*. Institut der deutschen Wirtschaft, Köln.
- Jannsen, N., und S. Kooths (2012). German Trade Performance in Times of Slumping Euro Area Markets. *Intereconomics 47* (6): 368–372.
- Jannsen, N., und J. Richter (2012). Kapazitätsauslastung im Ausland als Indikator für die deutschen Investitionsgüterexporte. *Wirtschaftsdienst 92* (12): 833–837.
- Kooths (2013). Zurück in die Spur – Investitionsbremsen für den Infrastrukturausbau lösen. *Zeitschrift für die gesamte Wertschöpfungskette Automobilwirtschaft*. Erscheint demnächst.
- Laaser, C.-F., und A. Rosenschon (2013). Subventionen in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2011/2012: Der Kieler Subventionsbericht. Kieler Diskussionsbeiträge 516/517. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Leonard, T. (2000). The very idea of applying economics: The modern minimum-wage controversy and its antecedents. *History of Political Economy*, Supplement 32: 117–144.
- Neumark, D., und W. Wascher (2007). Minimum wages and employment. IZA Discussion Paper 2570. Institut zur Zukunft der Arbeit, Bonn.
- Neumark, D., I. Salas und W. Wascher (2013). Revisiting the Minimum Wage-employment Debate: Throwing out the Baby with the Bathwater? NBER Working Paper 18681. National Bureau of Economic Research, Cambridge, Mass.
- Statistisches Bundesamt (2007). *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Fachserie 18, Reihe S.22: Inlandsprodukt nach ESVG 1995 – Methoden und Grundlagen*. Wiesbaden.
- van Roye, B. (2013). Financial Stress and Economic Activity in Germany. *Empirica*. DOI: 10.1007/s10663-013-9224-0, Springer, US.
- Varian, H. (2011). *Grundzüge der Mikroökonomik*. 5. Auflage. Oldenbourg Verlag, München und Wien.